

# IF3 | 25

ZEITSCHRIFT FÜR  
INNERE FÜHRUNG

## Verteidigung

Herausforderungen  
der Friedensordnung

## Friedenssicherung

Die Bundeswehr im  
UN-Peacekeeping

## Abschreckung

Die nukleare Eigen-  
ständigkeit Europas



BUNDESWEHR



## Frieden als Auftrag

30 Ausfertigungen

16. Ausfertigung

Besprechungsprotokoll.

- I. An der am 20.1.1942 in Berlin, Am Großen Wannsee Nr. 56/58, stattgefundenen Besprechung über die Endlösung der Judenfrage nahmen teil:

# GEDENK- UND BILDUNGSSTÄTTE HAUS DER WANNSEE-KONFERENZ

Führungen  
Seminare  
Internationale Begegnungen



wannseekonferenz.bsky.social



hausderwannseekonferenz



030 2179986-00

[www.ghwk.de](http://www.ghwk.de)

# Kein Frieden ohne Freiheit



**S**eit Ende des Zweiten Weltkriegs lebt Deutschland im Frieden. Im Kalten Krieg möglicher Frontstaat sorgten die Nordatlantische Allianz und das Engagement unserer westlichen Verbündeten für Friedenserhaltung durch Abschreckung. Die Wiedervereinigung beider deutscher

Staaten, der Zusammenbruch des Warschauer Paktes und die spätere Osterweiterung der NATO läuteten ein - wie wir heute wissen - trügerisches Zeitalter eines vermeintlich ewigen Friedens für Europa ein. Wie hart Frieden nach zwei Weltkriegen erkämpft werden musste, und dass er aktiv geschützt werden muss, konnte in den letzten Jahren politisch und gesellschaftlich schnell vergessen werden. Die Besetzung der Krim durch die Russische Föderation stellte eine Störung dieser Empfindung dar, wurde jedoch nicht als tatsächliche Gefährdung des Friedens in Europa wahrgenommen. Auf eine Phase der Empörung folgte vorsichtige Annäherung mit Hoffnung auf friedvolle Beisetzung des Konflikts. Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine setzte dieser Hoffnung ein jähes Ende. An ihre Stelle trat die Erkenntnis, dass Bundeswehr und

Streitkräfte unserer europäischen Partner schnell und nachhaltig in die Lage versetzt werden müssen, Frieden durch glaubhafte Abschreckung sichern zu können. Die vorliegende IF nimmt das Thema mit „Frieden als Auftrag“ aus unterschiedlichen Perspektiven auf. Ich möchte zwei Aspekte voranstellen: Glaubhafte Abschreckung zur Erhaltung des Friedens benötigt mehr als ein ausreichendes Waffenarsenal. Einsatzbereitschaft muss auch die Bereitschaft zum Kampf einschließen - mit der Konsequenz, den Kampf tatsächlich aufnehmen zu wollen. Dies wiederum setzt die Antwort auf das „Wofür“ voraus.

„Friede ohne Freiheit ist kein Friede“ beschrieb Adenauer das Ideal, dessen Erhalt die Verteidigungswürdigkeit unserer Werteordnung über den Erhalt des Friedens stellt. Die Ukraine kämpft für ihre Freiheit und zahlt dafür mit Verlust ihres Friedens. Sind auch wir dazu bereit?

**Generalmajor Ansgar Meyer**  
Kommandeur  
Zentrum Innere Führung





## Titelthema „Frieden als Auftrag“

Impuls

*Marie-Agnes Strack-Zimmermann*

### 14 Herausgeforderte Friedensordnung

*Sebastian von Münchow*

### 16 Am Abgrund der Ordnung?

Eine sicherheitspolitische Kurzübersicht

*Evelyn Schönsee*

### 24 Frieden sichern mit UN-Peacekeeping

*Paul Silas Peterson*

### 30 Paradox des Friedens

Die nukleare Eigenständigkeit Europas

## Gesellschaft

*Niklas Wagener*

### 36 Der Veteranentag

Zeichen gesellschaftlicher Anerkennung

*Evelyn Schönsee*

### 42 Mensch sein

Zum Tod von Margot Friedländer

## Welt & Partner

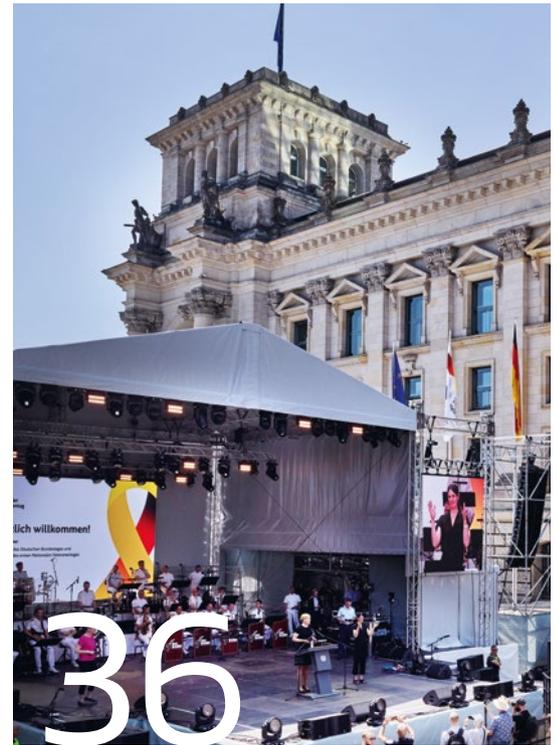
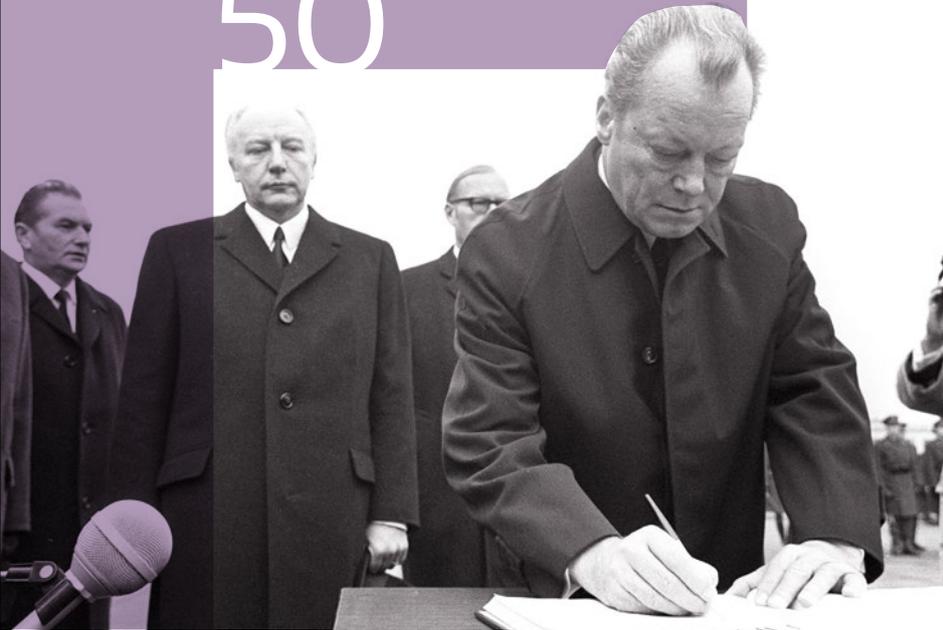
*Jan Claas Behrends*

### 44 Der grausame Krieg

Illegitime Gewalt der russischen Streitkräfte



# 50



## Geschichte

### 50

*Kristina Meyer*

Kniefall der Geschichte

Entspannungspolitik  
ist wehrhaft

## Rubriken

### Essay

*Franz-Josef Overbeck*

### 56

Gerechter Friede,  
Gerechter Krieg

Für den Frieden kämpfen

## Zahlen & Fakten

*Katrin Kowark*

### 60

Erinnern für die Zukunft

## Mediale

### 64

Buch- und Onlinetipps

### 66

Impressum

### 68

Kontroverse

## Rückblende

*Uwe Brammer*

### 70

Zusammen und  
sicher in Europa

### Sie möchten die IF erhalten?

Einheiten, Verbände und Dienststellen werden gebeten, sich an die zuständige Poststelle/Dienstvorschriftenstelle zu wenden und zusätzliche Exemplare anzufordern.

Die IF gibt es auch als Download:

[www.innerefuehrung.de](http://www.innerefuehrung.de)



## InFü to go

Mit Informationen  
zum Titelthema

Zum Heraustrennen  
und Abheften



## G95 als neues Standard-Sturmgewehr

Das G95 wird ab 2026 als G95A1 das neue Standard-Sturmgewehr der Bundeswehr. Das Gewicht des G95 beträgt ohne Visier etwa 3,5 Kilogramm. Lade-, Sicherungs- und Feuerwahlhebel sowie Magazinhebel und Kammerfeststeller können sowohl von Rechts- als auch von Linkshändern bedient werden. Die Schulterstütze kann in Länge und Höhe an den Schützen angepasst werden. Das Gewehr hat das Kaliber 5,56 × 45 mm. Die effektive Hauptkampferntfernung des G95 beträgt bis zu 450 Meter. Präzises Sperrfeuer ist bis zu einer Entfernung von 650 Metern möglich. Ein Standardmagazin fasst bis zu 30 Schuss.





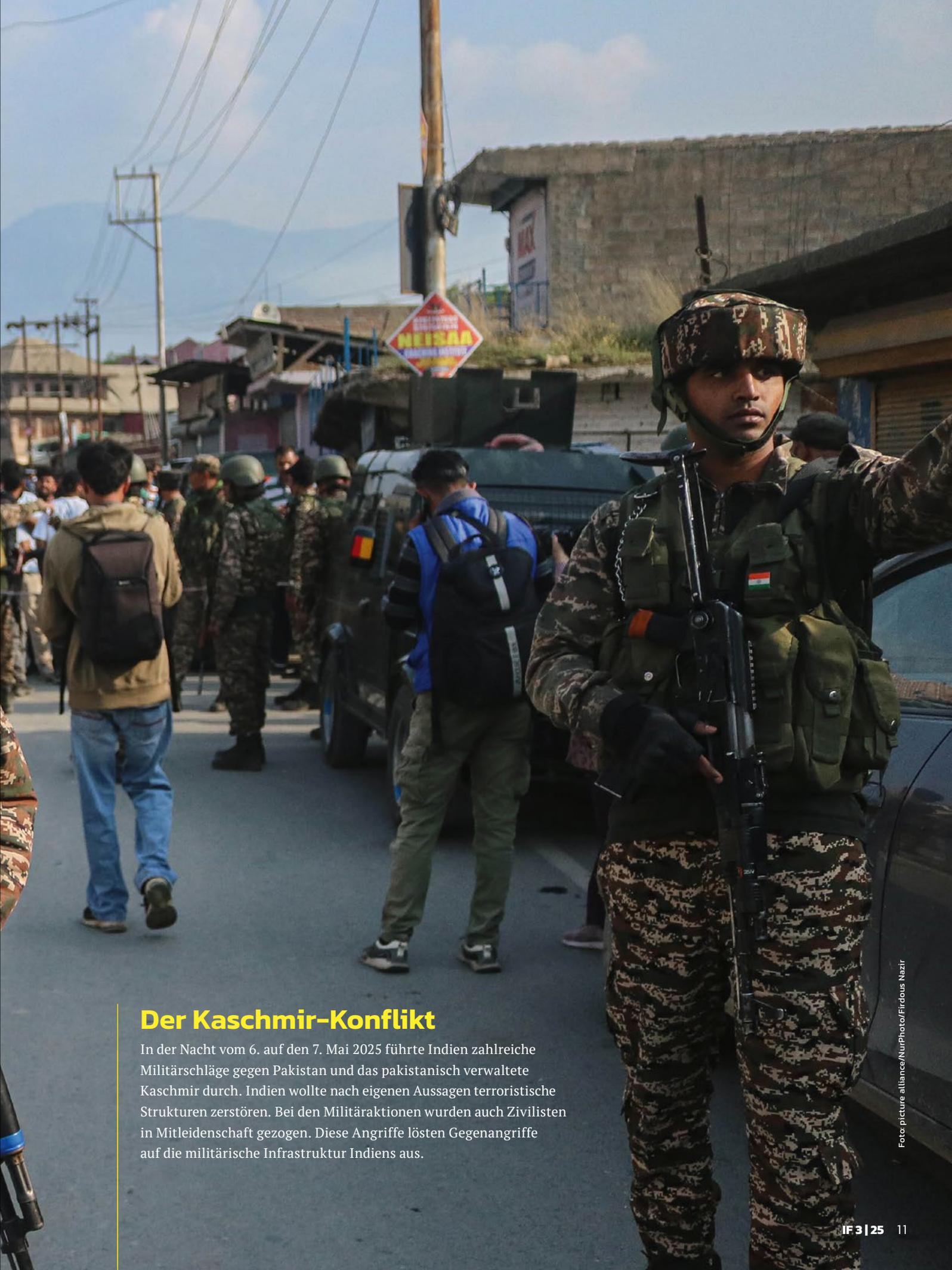
## Unter dem Blick des Adlers

Wacht künftig über die Einhaltung der Grundsätze der Inneren Führung: Henning Otte. Der 56-jährige Reserveoffizier ist vom Deutschen Bundestag zum Nachfolger von Eva Högl gewählt worden. Der neue Wehrbeauftragte ist für die kommenden fünf Jahre der „Anwalt der Soldatinnen und Soldaten“. In dieser Funktion soll Otte dafür sorgen, dass deren Grundrechte gewahrt werden.



Foto: picture alliance/SZ Photo/Jürgen Heinrich





## Der Kaschmir-Konflikt

In der Nacht vom 6. auf den 7. Mai 2025 führte Indien zahlreiche Militärschläge gegen Pakistan und das pakistanisch verwaltete Kaschmir durch. Indien wollte nach eigenen Aussagen terroristische Strukturen zerstören. Bei den Militäraktionen wurden auch Zivilisten in Mitleidenschaft gezogen. Diese Angriffe lösten Gegenangriffe auf die militärische Infrastruktur Indiens aus.

## Dritter beamteter Staatssekretär im Verteidigungsministerium

Durch die Veränderung der sicherheitspolitischen Lage sind die Zahl der Aufgaben und der damit verbundene Zeitdruck zur Umsetzung der Vorhaben stark angestiegen. Aus diesem Grund wird ein weiterer Staatssekretärsposten im BMVg (Bundesministerium der Verteidigung) eingerichtet. Der 51-jährige Jan Stöß ist ein erfahrener Volljurist. Er war als Leiter der Abteilung Recht und Organisation an der Reorganisation des BMVg, der Bundeswehr sowie des weiteren nachgeordneten Bereichs und dem Osnabrücker Erlass beteiligt. Auch das Artikelgesetz und aktuelle Initiativen zur Stärkung der Militärischen Sicherheit tragen seine Handschrift. Stöß wurde in Giesen geboren, studierte Rechtswissenschaft in Göttingen und promovierte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Vor seiner Berufung in die Bundespolitik war er Richter in Berlin und Bezirksstadtrat in Friedrichshain-Kreuzberg.



## Think. Test. Transform. Innovation made in Erding

**Am Standort Erding, nahe der Industriemetropole München, in der es auch zahlreiche Universitäten gibt, hat sich das Innovationslabor der Bundeswehr eingerichtet.** Durch gezielte Forschung, insbesondere zu unbemannten Systemen, soll der Truppe künftig die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden. In dem Labor arbeiten Forschende, Soldatinnen und Soldaten sowie die Industrie Hand in Hand. Bei der Forschung und Entwicklung geht es speziell um die Software-Souveränität der Bundeswehr. Alle Drohnen und unbemannten Boden-Fahrzeuge sollen einen bundeswehreigenen Software-Anteil bekommen. Anhand der Bedarfe und der Einsatzszenarien des jeweiligen unbemannten Systems werden Forderungskataloge an die Industrie erstellt. Dies ist die Grundlage dafür, dass die Streitkräfte künftig genau die Ausrüstung erhalten, die sie benötigen.



← *Soldaten testen eine Drohne des Projekts „Innovationslabor System Soldat“ in Erding.*



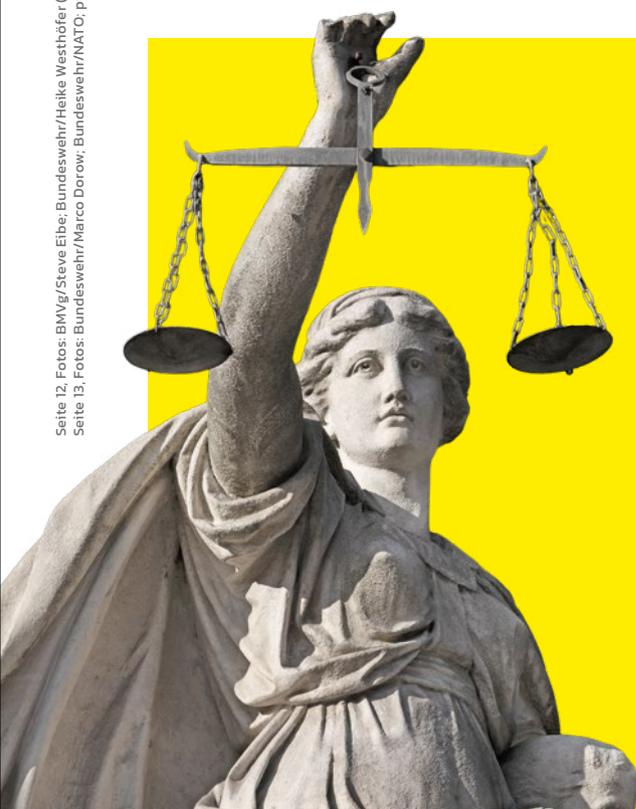
# 70 Jahre Bundeswehr und NATO



Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete am 6. Mai 1955 den Nordatlantikvertrag, der die rechtliche Grundlage für das transatlantische Verteidigungsbündnis NATO (North Atlantic Treaty Organization) ist. Am 12. November 1955 wurde die Bundeswehr gegründet. Zwei Machtblöcke standen sich damit mitten in Deutschland gegenüber.

Das geteilte Deutschland wurde zum Frontstaat. Die DDR trat 1990 aus dem Warschauer Pakt aus; der Kalte Krieg war beendet. Die NATO hat ihre Mitgliederzahl erhöht und seit den Neunziger Jahren internationale Krisen und Kriege gemeistert. Eine Erfolgsstory, die noch lange nicht zu Ende ist. Mehr dazu in der IF4|25.

Seite 12, Fotos: BMVg/Steve Eibe; Bundeswehr/Heike Westhöfer (2)  
Seite 13, Fotos: Bundeswehr/Marco Dorow; Bundeswehr/NATO; picture alliance/dpa/Stefan Puchner



## Modernisierung der Wehrdisziplinarordnung

Zu Anfang April ist die Wehrdisziplinarordnung (WDO) überarbeitet worden. Mit dem Dritten Gesetz zur Neuordnung des Wehrdisziplinarrechts wird der Handlungsspielraum der Disziplinarvorgesetzten erweitert. Zudem sollen Verfahren beschleunigt und die Gerichte entlastet werden. Um Handlungssicherheit im Umgang mit der WDO und

allen Neuerungen zu vermitteln, bietet das ZInFü das „Handlungstraining Wehrrecht für Disziplinarvorgesetzte und Personaloffiziere“ an. Mehr Infos zum Thema finden Bundeswehr-Angehörige bei Yinside.



# Herausgeforderte Friedensordnung

**Achtzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus erleben wir erneut, wie das Recht des Stärkeren über die Stärke des Rechts triumphieren will. Revisionismus, Nationalismus und Gewaltbereitschaft gehören wieder zum politischen Werkzeugkasten. Nicht nur Despoten und Diktatoren bedienen sich aus ihm, sondern zunehmend auch Staats- und Regierungschefs westlicher Demokratien.**

von Marie-Agnes Strack-Zimmermann

Die globale Friedensordnung, gewachsen auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs, lebt davon, dass ihre Ideale von möglichst vielen Staaten geteilt werden: friedliche Konfliktlösung, Nutzen durch Kooperation und das Respektieren von Souveränität und Grenzen. Mit jedem Staat, der sich offen von diesen Grundregeln abwendet, verliert die internationale Ordnung an Stabilität.

Die Bedrohung für den Frieden ist vielschichtig. Autokratien bauen ihre Einflusszonen rücksichtslos aus. Globale Institutionen verlieren an Bindungskraft. Das Vertrauen unter westlichen Partnern bröckelt. Wenn selbst langjährige Verbündete ihre Bündnistreue infrage stellen und nationale Interessen über gemeinsame Verantwortung stellen, braucht es eine klare Antwort. Bereits jetzt sehen wir, wie zentrale Gremien wie der UN-Sicherheitsrat oder der Europäische Rat blockiert werden. Auch innerhalb der NATO herrscht nicht in allen Fragen Einigkeit. In dieser Lage müssen bestehende

Allianzen gestärkt und neue Formate gefunden werden, um gleichgesinnte Staaten handlungsfähig zusammenzubringen. Wer an die internationale Ordnung glaubt, muss das auch zeigen. Wo nötig, muss Handlungsfähigkeit wiederhergestellt werden.

Deutschland ist herausgefordert wie selten zuvor. Es muss führen, nicht aus Arroganz, sondern aus Einsicht. In Europa genügt kein gutes Wort mehr – gefragt sind Beiträge: finanziell, sicherheitspolitisch, strategisch. Ein wichtiges Signal hat das Peacekeeping Ministerial der Vereinten Nationen am 14. und 15. Mai in Berlin gesetzt. Minister aus aller Welt haben beraten, wie Friedensmissionen glaubwürdig, wirksam und zukunftsfähig bleiben können. Angesichts knapper Ressourcen eine große Aufgabe.

Denn trotz unmittelbarer Bedrohungen für unsere Sicherheit, dürfen wir nicht die Konflikte in der Nachbarschaft Europas und die humanitären Katastrophen weltweit außer Acht lassen.

Während die Bundeswehr heute seltener im Internationalen Krisenmanagement eingesetzt wird als noch vor zehn Jahren, spielt unser Engagement in der Welt immer noch eine wichtige Rolle.

Der Fokus der Bundeswehr liegt nichtsdestotrotz darauf, für den Ernstfall bereit zu sein. Mit der Brigade in Litauen demonstriert Deutschland nicht nur militärische Präsenz, sondern auch den Willen, unsere NATO-Partner uneingeschränkt zu verteidigen. Wer Frieden sichern will, muss bereit sein, ihn zu verteidigen – mit Worten, Mitteln und Mut.

### **Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann**

**ist Vorsitzende des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) des Europäischen Parlaments. Zuvor war die FDP-Politikerin Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags.**

In diesem Artikel gibt die Autorin ihre persönliche Auffassung wieder.

„Wer Frieden  
sichern will,  
muss bereit  
sein, ihn zu  
verteidigen.“



# Am Abgrund der Ordnung?

## Eine sicherheitspolitische Kurzübersicht

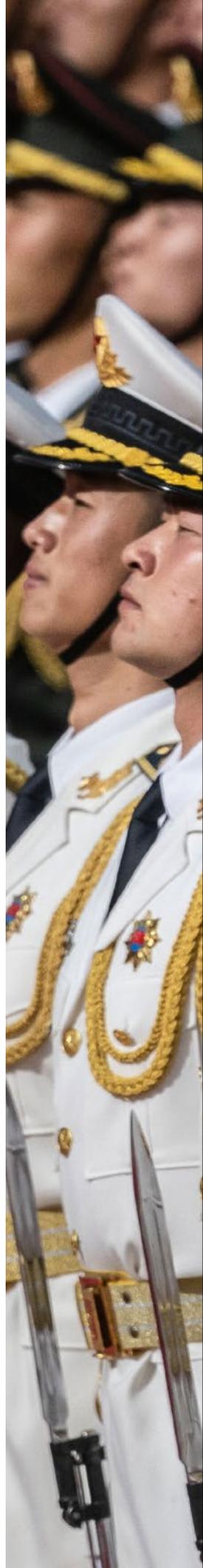
**Moskau und Peking hegen Expansionsabsichten. Eine Vielzahl von Akteuren im Nahen und Mittleren Osten untergraben die Stabilität an der europäischen Südflanke. Und seit Februar 2025 stellt eine neue Administration in Washington, D. C. die transatlantische Partnerschaft in Frage. Der drohende Wegfall alter Ordnungsmechanismen hat in europäischen Entscheidungszentren Besorgnis ausgelöst. Dieser Beitrag soll die wesentlichen Akteure und europäische Gestaltungsmöglichkeiten vorstellen.**

von Sebastian von Münchow

**D**er Verbund **BRICS** (nach den Gründungsmitgliedern Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) wird aus westlicher Sicht oft als bedrohlich empfunden. Hier haben sich Staaten um Russland und China gruppiert, die gemeinsam mit weiteren Ländern, die BRICS beitreten möchten, ein Menschen- und Gesellschaftsbild pflegen, das hiesigen Vorstellungen häufig widerspricht. Inzwischen lebt etwa die Hälfte der Weltbevölkerung in BRICS-Staaten. BRICS-Befürworter, die die regelbasierte Ordnung des Westens als unfair empfinden, wollen sich mit dem Verbund gegen diese wehren. BRICS wird auch häufig als Sprachrohr des Globalen Südens dargestellt, mit China und Russland als – freilich zweifelhaften – Maklern. Dies muss nicht

dazu führen, dass sich BRICS zu einem eigenständigen geopolitischen Akteur entwickelt: Bislang liegt der Schwerpunkt auf der Ablösung des US-Dollars als weltweite Leitwährung. Es existieren keine sicherheits- oder verteidigungspolitischen Strukturen. Zudem ist der innere Zusammenhalt fraglich. Es gibt gegenseitige politische Rückendeckung und Anstrengungen, die Sanktionen gegen Russland zu unterlaufen. Die jüngste Konfrontation jedoch zwischen dem BRICS-Gründungsmitglied Indien und Pakistan, das Beobachterstatus im Verbund besitzt, zeichnet ein anderes Bild. Und trotz aller Verlautbarungen: Russland und China sind historische Rivalen in Territorialfragen im Fernen Osten. Auch ihr Handelsverhältnis ist nicht von Solidarität geprägt.

Foto: picture alliance/abaca/Blondet Eliot





## Die 10 Mitglieder des BRICS-Verbunds



\* seit 2024 Mitglied

\*\* seit 2025 Mitglied

Moskau musste dies bei der Exportpreisgestaltung lernen, als es europäische Abnehmer für Rohstoffe durch China ersetzen wollte.

### Russland

Zwar misslang Moskau seit 2022 die vollständige Unterwerfung der Ukraine, dennoch wurden bis zu zwanzig Prozent des international anerkannten ukrainischen Territoriums besetzt. Die nationalistisch-religiös verbrämte Propaganda deutet zudem an, dass der Expansionshunger nicht gestillt ist.

Das Ziel scheint letztlich eine Wiederherstellung zaristischer oder sowjetischer Einflusszonen des 19. und 20. Jahrhunderts zu sein. Ein Zurück zu einem friedlichem Zusammenleben mit „dem Westen“ scheint derzeit ausgeschlossen. Die russische Industrie ist vollständig auf Kriegswirtschaft umgestellt, was einen künstlichen,

hohen Lohnsektor geschaffen hat. Eine Rückkehr zum Handel mit zivilen Gütern wäre mit wirtschaftlichen Unsicherheiten verbunden. Für einen unsanktionierten Rohstoffhandelssektor mag das zwar mit Verheißungen

### Das Ziel Russlands scheint letztlich eine Wiederherstellung zaristischer oder sowjetischer Einflusszonen des 19. und 20. Jahrhunderts zu sein.

verbunden sein. Bei den Fertigprodukten gehen die meisten Ökonomen jedoch davon aus, dass sich die Schwächen der Vorkriegszeit fortsetzen werden.

Neben diesen Erwägungen sind auch die gesellschaftlich-propagandistischen Klammern zu vergegenwärtigen. Es ist der Krieg Russlands gegen die Ukraine, gegen das freie Europa und – zumindest bis zur Veränderung der US-Position

seit Februar 2025 – gegen den gesamten Westen, der alle Energien in Russland bindet und somit die Herrschaftstrias von Formalstaat, Oligarchen und Sicherheitsapparat stützt. Ein bloßes Einfrieren des Krieges könnte Moskau sogar ermutigen, die bewaffnete Konfrontation mit einem EU- und NATO-Mitglied zu suchen, mit der Intention, das europäische Allianzsystem zu zerschlagen. Insofern ist es richtig, dass die meisten europäischen Staaten die aggressiven Narrative und eine kaum zu rechtfertigende Produktion von geschätzten drei Millionen Geschossen im Jahr als Signale möglicher Expansionsansinnen deuten.

### China

Chinas Anspruch auf Taiwan und die Seerechtsstreitigkeiten mit Nachbarstaaten mögen Europa auf den ersten Blick wenig betreffen. Ein zweiter Blick verdeutlicht das politische und ökonomische



↑ Allianz gegen den Westen: Der russische Präsident Wladimir Putin und Chinas Präsident Xi Jinping rücken zusammen.

mische Ausmaß, wenn China nach einer Besetzung Taiwans seine Macht noch weiter in den Pazifik projizieren könnte.

Bei Fokussierung auf Europa zeigt sich die Rivalität zwischen den europäischen Handelspartnern und China in Bereichen der Automobilbranche, des kontrollierten Handels mit benötigten Rohstoffen und des weltweiten Griffs

Pekings nach strategischen Rohstoffen in Drittstaaten. Chinesische Infrastrukturprojekte in Afrika, Asien und Lateinamerika werden oft als Alternative zu westlichen Entwicklungsprogrammen gesehen. Ohne politische Konditionen – etwa in Rechtsstaatlichkeits- und Menschenrechtsfragen – zu stellen, liefern sie schnelle und sichtbare Ergebnisse. Europas Sorgen richten sich

auch auf einen als unfair wahrgenommenen Wettbewerb durch chinesische Unternehmen. Bei Ausschreibungen wird mitunter vermutet, dass sich hinter verworrenen Firmengeflechten die Kommunistische Partei Chinas verbirgt, und insofern am Ende das Regime selbst investiert. Ob ehrliche Investitionen oder nicht, im Falle von chinesischen Engagements in Häfen,

↓ Seit 2024 Mitgliedsstaat der BRICS-Gruppe: der Iran.



↑ Frieden in Gefahr: Die weitere Eskalation des Konflikts zwischen den Atommächten Indien und Pakistan könnte zu einem nuklearen Krieg führen.

Energie, Robotik und Ähnlichem, bleibt ein Gefühl der Unsicherheit.

Die europäische Naivität hat nach den Erfahrungen während der Corona-Pandemie, den Kontrollverlusten über renommierte Firmen und die inzwischen spürbaren Konsequenzen von Technologiediebstahl ein Ende gefunden. Zwischenzeitlich eingeführte

## Frieden soll durch militärische Stärke und die Vereinbarung sogenannter „deals“ erreicht werden.

Screening-Mechanismen und die Produktionsverlagerung aus China heraus, deuten dies zumindest an.

### USA

Seit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten am 20. Januar 2025, der Rede des US-Vizepräsidenten bei der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar, dem missglückten Besuch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus zwei Wochen später und despektierlichen Chats, die Ende März durchgestochen wurden, ist das transatlantische Verhältnis gestört. Die abrupte Abkehr von der bisherigen Unterstützung für die Ukraine, geäußerte Zweifel am Demokratieverständnis in manchen EU-Staaten und die Forderung, Europa solle seine sicherheitspolitischen Probleme selbst lösen, haben Beklommenheit ausgelöst. Die neue, vorläufige US-Sicherheitsstrategie sieht vor, dass Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten primär US-Interessen im indo-pazifischen Raum dienen sollen. Von Allianzen und Partnern wird im Rahmen einer Lastenverschiebung erwartet, die eigene Verteidigungsfähigkeit zu

stemmen. Und zwar insbesondere durch eine massive Ertüchtigung der eigenen Rüstungsindustrie. Bei letzterem handelt es sich um die Umsetzung eines Wahlkampfversprechens, dass der US-Steuerzahler für die Munitionsproduktion eines Konfliktes in Europa nicht aufkommen müsse. Europäische Stimmen argumentierten unter anderem, dass man gemeinsam sieben Jahrzehnte

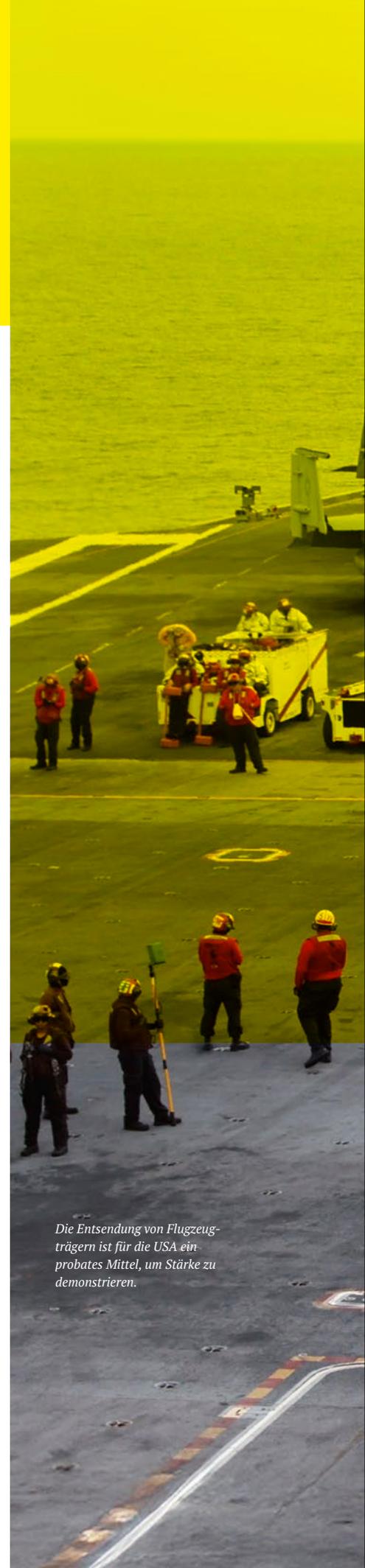
Stabilität garantiert habe und der transatlantische Raum das weltweit größte Handelsvolumen aufweist. Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine tragen

die meisten europäischen Regierungen jedoch die Notwendigkeit höherer Rüstungsausgaben mit. Dabei wird es dann auch um die Bereitstellung weiterer und neuer Waffensysteme gehen. Ob diese dann von US- oder europäischen Rüstungsunternehmen geliefert werden, mag einen Einfluss darauf haben, wie laut die Rufe nach Erhöhungen der Rüstungsausgaben von der anderen Seite des Atlantiks schallen. Die Frage nach der Verlässlichkeit der USA spielt auch hier eine Rolle, wie die Diskussion über die Funktionsfähigkeit beim F-35 zeigt.



Mehr zum Thema F-35

Zu beachten ist auch, dass in Washingtoner Erwägungen der Begriff „Frieden“ weiter eine Rolle spielt. Allerdings in dem Verständnis, dass Frieden durch militärische Stärke und die Vereinbarung sogenannter „deals“ erreicht werden soll. Letzteres basiert auf der Annahme, dass bereits mit der Anwesenheit amerikanischer Investoren Stabilität einhergeht. Im Nahen und Mittleren Osten hat das zumindest eine



Die Entsendung von Flugzeugträgern ist für die USA ein probates Mittel, um Stärke zu demonstrieren.



Foto: picture alliance/Associated Press/Fumito Saeki



← Soldaten des Gebirgsjägerbataillons 251 setzen die Steilfeuerwaffe Mörser 120 mm im multinationalen Gefechtsverband einer Stabilisierungsoperation ein.

medial begleitet die öffentliche Debatte. In vielen Hauptstädten wird nun erörtert, wie eine Unterwerfung der Ukraine zu verhindern sei und welche Anstrengungen angesichts eines erwarteten russischen Angriffs auf einen EU- oder NATO-Mitgliedsstaat unternommen werden müssen.

Die hier teils schon genannten Entwicklungen geben aber auch Anlass für Zuversicht. Ergänzen ließe sich Deutschlands Bereitschaft zu hohen Verteidigungsausgaben, die wiederbelebte Diskussion um eine europäische (nuklear-)strategische Autonomie, die engere Kooperation mit Frankreich, Italien, Polen und mit Großbritannien, die etwa 850 Milliarden Euro schwere Initiative „Readiness 2030“ der EU zur Steigerung der Verteidigungskapazitäten sowie dem jüngst festgestellten Interesse von Drittstaaten wie zum Beispiel der Schweiz oder Norwegens, die Vorteile des kollektiven Selbstverteidigungsversprechen des Lissaboner Vertrags zu prüfen. Neben dem sicherheitspolitischen Gestaltungswillen haben aber auch die Finanzmärkte Signale gesetzt. Im Zuge der jüngsten

neue Dynamik entfacht, die aber noch nicht in konkrete Streitbeilegungsbemühungen mündete. Der Ansatz bleibt den Realitätstest noch schuldig. Die Geschichte kennt etliche Beispiele dafür, dass Wirtschaftsverflechtungen mit dem Westen nicht zwingend zur gesellschaftlichen oder zwischenstaatlichen Befriedung beitragen müssen. Die neue Sicht bedeutet zumindest eine radikale Abkehr von bisherigen kollektiven Konzepten, die Akteure wie UN, EU, NATO oder auch OSZE in die Konfliktbearbeitung einband. Dies bietet zumindest auch auf dieser Seite des Atlantiks die Gelegenheit, Konfliktbearbeitungsansätze der vergangenen

dreieinhalb Jahrzehnte zu überdenken. Dabei darf hinterfragt werden, inwieweit die bislang zentraleuropäisch und aufklärerisch geprägten Missionsziele an den Lebenswirklichkeiten in den Einsatzgebieten scheiterten.

### Europa

Die Frage, wie es um die Sicherheit ohne eine Solidarität seitens der USA stünde, gewinnt in west- und zentral-europäischen Hauptstädten jedenfalls eine bis dahin neue Dynamik. Erstmals erfasst sie über die Sicherheitsarchitekturen den breiteren politischen Raum und von dort vereinnahmt sie



Im Südchinesischen Meer üben die Streitkräfte der Philippinen bei einem Manöver auch die Landung von Helikoptern an Bord von Schiffen.



Schiffe der chinesischen Küstenwache erscheinen im Westphilippinischen Meer, während Zivilisten gegen Pekings maritime Aggression protestieren.

Börsenturbulenzen erscheinen Anleihen im europäischen Raum stabiler als US-Pendants.

Was wären weitere Folgen? Die globalen Verschiebungen in Richtung nationalistisch rücksichtsloser Außen- und Sicherheitspolitik legen nahe, dass eine weitere Vertiefung der EU, insbesondere im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erstrebenswert ist. Freilich muss das Abstimmungsverfahren so gelöst werden, dass Abweichler die gemeinsame Entscheidungsfindung nicht blockieren können. Nur ein Zu-

war, dass alle Beitrittskriterien erfüllt sein müssen. Die Befürworter eines großzügigeren Vorgehens - etwa im Falle der Ukraine oder im westlichen Balkan - werden jedoch lauter. Sie wollen der Union durch Geographie- und Bevölkerungsmasse mehr strategisches Gewicht verleihen.

Eine große Herausforderung stellt sich letztlich den EU-Mitgliedsstaaten in Fragen der inneren Verfasstheit. Der entschiedene Widerstand gegen Russland, die Bedenken gegenüber China und Irritationen gegenüber den USA

werden vor allem von einem Konsens unter anderem zwischen den großen EU-Mitgliedsstaaten Deutschland, Frankreich und auch Italien getragen. Es

gibt aber auch Regierungen in der EU, die anderer Auffassung sind und ein Arrangement mit illiberalen Ordnungsmächten empfehlen. Es lässt sich nicht ausschließen, dass dieses Lager nach

nationalen Wahlgängen und daraus folgenden neuen Regierungskonstellationen größer wird. Polarisierung und die vereinfachte Rückbesinnung auf nationale und ethnische Primate greifen weiter um sich. Sie werden befeuert von allen Akteuren, die ein starkes - auf Individualrechten fußendes Europa - allzu gerne scheitern sähen. Somit obliegt es der Verantwortung der Regierungsführerinnen und -führer in den Mitgliedsstaaten offen über Kosten, Risiken und Notwendigkeiten einer eigenständigeren europäischen Sicherheitspolitik zu sprechen.

## Polarisierung und die vereinfachte Rückbesinnung auf nationale und ethnische Primate greifen weiter um sich.

sammenstehen der Mitgliedsstaaten kann den Machtgelüsten Dritter entgegengetreten. Auch muss eine etwaige EU-Erweiterung erörtert werden. Technokratische Stimmen mahnen



**Dr. Sebastian von Münchow**

ist Programmleiter des Europäischen Sicherheitsseminars Ost und des Europäischen Sicherheitsseminars EU-NATO-Kooperation am George C. Marshall - Europäischen Zentrum für Sicherheitsstudien.

# Frieden sichern mit UN-Peacekeeping



Mehr Informationen zu den aktuellen UN-Peacekeeping-Missionen erhalten Sie hier:



Seit 1948 sind Blauhelmsoldatinnen und -soldaten rund um den Globus im Einsatz für den Frieden. Mehr als zwei Millionen Männer und Frauen unterschiedlicher Nationalitäten haben seitdem gemeinsam unter der Flagge der Vereinten Nationen gedient. Auch die Bundeswehr beteiligt sich an den derzeit elf UN-Peacekeeping-Missionen: Insgesamt rund 280 deutsche Soldatinnen und Soldaten sind bei UN-Friedensmissionen derzeit im Einsatz.



## Die Bundeswehr im UN-Peacekeeping



↑ *UN-Kräfte haben vielfältige Aufgaben.  
Oben: Major Melanie Z. markiert einen Sprengsatz bei  
MINURSO in der Westsahara.  
Unten: Im UN-Einsatz dienen Soldatinnen und Soldaten  
aus unterschiedlichen Nationen gemeinsam.*

von Evelyn Schönsee

**S**eit 77 Jahren gibt es das Peacekeeping der Vereinten Nationen. Um weltweit Frieden zu wahren und wiederherzustellen, erteilt der UN-Sicherheitsrat Mandate für Friedensmissionen rund um den Globus. Friedensmissionen finden dabei auf Einladung des Gastgeberlandes statt. Ein Mitwirken der Gastländer ist für die Friedensgestaltung enorm wichtig.

Die erste UN-Friedensmission startete am 29. Mai 1948. Der 29. Mai wird seit 2003 als Internationaler Tag der Friedenstruppen gewürdigt. Ziel der ersten Mission, der United Nations Truce Supervision Organization (UNTSO), war es, im Nahen Osten den Waffenstillstand nach dem Palästina-Krieg 1948 zu überwachen. Bis heute unterstützt diese Mission Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon und Syrien dabei, die sicher-

heitspolitische Lage im Nahen Osten stabil zu halten. Im Libanon sind zudem rund 10.000 Blauhelmsoldatinnen und -soldaten der Mission United Nations Interim Force Lebanon (UNIFIL) im Einsatz, darunter derzeit 260 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Die Mission am und im Mittelmeer im Einsatz für den Friedenserhalt zwischen dem Libanon und Israel besteht seit 1978 und ist damit einer der ältesten Einsätze der Vereinten Nationen.

Die Beteiligung an UN-Friedensmissionen gilt als wesentlicher Bestandteil deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Diese fußt neben der deutschen Nationalen Sicherheitsstrategie auf den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2023: In dem Grundsatzdokument rangiert unter dem Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung



Weltweit sind derzeit rund

# 67.000

Blauhelmsoldatinnen und -soldaten für  
Friedensmissionen in Ländern rund um  
den Globus im Einsatz.

gleich an zweiter Stelle der Auftrag, als Beitrag zum Internationalen Krisenmanagement Stabilität zu fördern und resiliente Partner aufzubauen.

Verteidigungsminister Boris Pistorius hat anlässlich des UN-Peacekeeping Ministerial 2025 im Mai in Berlin betont, dass Deutschland sich weiterhin an Blauhelmeinsätzen beteiligen wird. Die Konferenz ist das höchstrangigste Treffen im UN-Kontext zum Thema Peacekeeping. „Auch wenn sich Deutschland aufgrund der aktuellen

Bedrohungslage in Europa stärker auf Landes- und Bündnisverteidigung fokussiert: Wir sind entschlossen, UN-Friedensmissionen weltweit zu stärken,“ so Pistorius. Deutschlands Markenkern sei dabei, dass es andere Truppensteller beim Aufbau ihrer Fähigkeiten im Rahmen von Ausbildungsmaßnahmen und Materialbereitstellung unterstütze. Die einzige sicherheitspolitische Zusammenkunft dieses Formats, an der zahlreiche Ministerdelegationen und Repräsentanten von Regionalorganisationen mit

insgesamt rund 1.000 Gästen teilnehmen, findet alle 18 bis 24 Monate statt. „Eine Konferenz dieser Größenordnung zeigt, dass das Instrument des Peacekeepings weltweit breite Anerkennung findet,“ betont Oberst i.G. Werner K., Leiter des Referats Vereinte Nationen im Bundesministerium der Verteidigung. „Als Gastgeber der Konferenz leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag, die Friedenssicherung zukunftsfest zu machen“, so der Peacekeeping-Experte. „Das Peacekeeping ist eines der zentralen und effektivsten Tools des Internationalen Krisenmanagements. Es trägt zum Erhalt und zur Herstellung der internationalen Sicherheit und des Friedens bei“, ist Werner K. überzeugt. In Ergänzung zum Kernauftrag Landes- und Bündnisverteidigung leiste Deutschland seinen Beitrag als verantwortungsbewusster Akteur zur Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer Friedenssicherung aufgrund des vollumfänglichen 360-Grad-Ansatzes der deutschen Sicherheitspolitik.

unterstützen: Derzeit sind 14 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten dort im Einsatz. Um den fragilen Frieden im jüngsten Land der Welt, seit 14 Jahren unabhängig vom Sudan, zu sichern, sind UN Military Observer (UNMO) in der Region. Eine dieser UNMOs ist Oberstleutnant Nancy W. Bereits zum zweiten Mal ist die deutsche Offizierin für UNMISS im Einsatz. Dieses Mal ist sie auf der Teamsite – dem Camp der Vereinten Nationen – in der südsudanesischen Hauptstadt Juba eingesetzt, wo sie zunächst die regulären Beobachtertätigkeiten übernommen hat. „In meiner Teamsite sind wir 29 Beobachter, davon sechs Frauen. Wir sind mit den Patrouillenteams in der Fläche präsent und versuchen zielgerichtet bestimmte

Informationen zu gewinnen, die für die Erfüllung unseres Mandates notwendig sind“, erklärt die Bundeswehrsoldatin den Auftrag.

**UN-Militärbeobachter:**

**Augen und Ohren der Mission**

So können sie und ihre Kameradinnen und Kameraden frühzeitig Indikatoren erkennen, die infolge einer Eskalation zu einem neuen Bürgerkrieg führen könnten. Da nicht alle Militärbeobachterinnen und -beobachter die geforderten Qualifikationen in die Mission mitbringen, wurde die Offizierin aufgrund ihrer Erfahrung mit dem Training der Neankömmlinge betraut. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Aufträge der Mission erfüllt und damit das

← *Glückliche Gesichter: Oberstleutnant Nancy W. umringt von Kindern der Kings Wisdom Nursery and Primary School in Gumbo, einem Stadtteil der südsudanesischen Hauptstadt Juba. Im Rahmen eines Schulprojektes hat die Offizierin Schreibtische und Stühle an die Schule übergeben.*

**Deutsche Soldatinnen und Soldaten bei UNIFIL, UNMISS und MINURSO im Einsatz**

Das Instrument des Peacekeepings habe sich dabei mehrfach bewährt – wie zum Beispiel bei den positiv abgeschlossenen Peacekeeping-Missionen in Liberia (UNMIL, 2004 bis 2018) und Sierra Leone (UNAMSIL, 1999 bis 2005): „Das sind Länder, in denen diese nachhaltige Friedenssicherung effektiv funktioniert hat“, so Werner K.

Deutschland beteiligt sich mit militärischem Personal aktuell an drei Missionen: UNIFIL im Libanon, UNMISS im Südsudan und MINURSO in der Westsahara – bei UNIFIL bereits seit 2006 mit einer seegehenden Einheit an der Maritime Taskforce. Mit Blick auf den Nahost-Konflikt werde deutlich, wie wichtig das langjährige Peacekeeping mit deutscher Beteiligung bei UNIFIL sei, um in der Region Präsenz zu zeigen und Verantwortung zu übernehmen. Seit 2011 schickt die Bundeswehr Soldatinnen und Soldaten nach Afrika in den Südsudan, um dort beim Friedensprozess im Rahmen von UNMISS zu



↑ Antreten anlässlich des 40. Jahrestages der UN-Kräfte im Libanon.

← Feierstunde zum „Tag des Peacekeeping“: Staatssekretär Hilmer zeichnet Kapitänleutnant K. für ihr Engagement beim UNIFIL-Einsatz aus.

Mandat umgesetzt werden kann. Das dafür aufgestellte UNMO Training Team hat Oberstleutnant Nancy W. inklusive der zu vermittelnden Inhalte ausgeplant. Sie leitet das Trainings-team und bereitet alle Militärbeobachterinnen und -beobachter der Mission auf ihren Einsatz vor.

Bei UNMISS sind aktuell rund 14.000 Soldatinnen und Soldaten sowie 1.600 Polizistinnen und Polizisten vor Ort eingesetzt. Diese Mission ist, neben MINUSCA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in the Central African Republic) mit derzeit 13.400 Militärs und 2.500 Polizeiangehörigen und MONUSCO (Organization Stabilization Mission in the Democratic Republic of the Congo) mit 10.400 militärischen und 1.330 Kräften der Polizei eine der größten UN-Friedensmissionen.

**„Ob wir 14 oder 5.000 Leute schicken: Wir leisten unseren Beitrag“**  
Weltweit sind derzeit rund 67.000 Blauhelmsoldatinnen und -soldaten für Friedensmissionen in Ländern rund um den Globus im Einsatz. Jedes Land leiste dabei in seiner Verantwortung als UN-Mitglied seinen eigenen Beitrag zur Friedenssicherung. „Die großen Truppensteller wie zum Beispiel Indien, Nepal oder Bangladesch beteiligen sich mit mehr als 5.000 Peacekeepern an Missionen weltweit. Sie leisten damit ihren Beitrag genauso wie Deutschland es mit 14 bei UNMISS oder auch nur vier Soldatinnen und Soldaten bei MINURSO tut“, so Oberst i.G. Werner K. Dabei ist Mission nicht gleich Mission: „Bei MINURSO in der Westsahara handelt es sich um eine reine Beobachtermission – wenn also, wie in diesem Fall, der Kernauftrag der Peacekeeping-

Truppe eine Beobachtungsmission nach Kapitel 6 der UN-Charta ist“, erklärt Oberst i.G. Werner K. Dann bestehe der Auftrag der Soldatinnen und Soldaten ausschließlich darin, einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien zu überprüfen. Das Mandat sei hingegen robusterer Natur, wenn auf Basis von Kapitel 7 der UN-Charta der Schutz von Zivilisten dazu zähle – wie zum Beispiel bei UNMISS im Südsudan. „Das ist aktives Eingreifen zum Schutze der Bevölkerung und gehört sehr häufig zum Mandatsumfang dazu.“

### **Viele unterschiedliche Nationen, ein gemeinsames Ziel**

Bei einer kleinen Mission wie MINURSO, die es bereits seit mehr als 30 Jahren gibt, herrschen überschaubare Größenverhältnisse:



*Oberstleutnant Nancy W.  
auf Patrouille im Südsudan.*

„Ich freue mich, dass wir 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Berlin zusammenkommen, um über die Wahrung von Frieden zu sprechen und Reformen im Bereich des Peacekeeping anzustoßen.“

Verteidigungsminister Boris Pistorius  
anlässlich des UN Peacekeeping  
Ministerial 2025 in Berlin



↑ Verteidigungsminister Boris Pistorius und António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, sprechen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz des UN Peacekeeping Ministerial 2025.

Insgesamt 245 Blauhelmsoldatinnen und -soldaten dienen in der Westsahara unter der blauen Flagge. „Wir stellen dort mit drei Militärbeobachtern und einem Stabsangehörigen einen kleinen Teil – aber wir stellen ihn. Die Mission kommt ihrer Aufgabe auch in einem schwierigen Umfeld nach“, betont der Peacekeeping-Experte. Eine der drei Militärbeobachter der Mission ist Major Melanie Z. Die deutsche Offizierin und ihre Kameradinnen und Kameraden haben den Auftrag, zu beobachten, ob der Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien eingehalten wird. In der Region herrscht ein Konflikt zwischen Marokko und der „Frente Polisario“, eine von Algerien unterstützte militärische und politische Organisation, um das Territorium Westsahara; die sicherheitspolitische Lage ist angespannt. Trotzdem hat sich die Soldatin für den Einsatz als Peacekeeperin entschieden – warum? „Ich wollte nach meinem Einsatz 2023 bei UNMISS unbedingt wieder in einem internationalen Umfeld arbeiten.“ Insbesondere interkulturelle

Kompetenz sei in diesem Einsatz gefragt, da viele Menschen unterschiedlicher Nationen zusammenarbeiteten – eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches Peacekeeping. Jeder Einzelne im Einsatz könne seinen eigenen, kleinen Teil zum großen Ganzen beitragen.

#### Raues Wüstenklima mit Sandstürmen

Das mehrstündige Patrouillefahren durch Sand- und Steinwüsten gehört dabei zu den zentralen Aufgaben eines Peacekeepers. „Das ist sowohl für den Körper als auch für den Kopf eine große Herausforderung“, sagt die deutsche Militärbeobachterin. Oft bleibe ein Fahrzeug liegen. Dann müssten Reifen in der Wüste gewechselt oder das im Sand festgefahrene Fahrzeug freigeschaufelt werden.

Neben dem Stellen von Truppen habe sich Deutschland auf die Fahnen geschrieben, die UN bestmöglich durch gezielte Ausbildungsangebote zu unterstützen, so Oberst i.G. Werner K. aus dem Ministerium. Deutschland unter-

stützt mit sogenannten Mobilen Training Teams (MTT) UN-Mitgliedsstaaten, die zwar Personalkontingente in Missionen entsenden, aber noch Aufholbedarf in ihrer einsatzvorbereitenden Ausbildung haben. Bis zu 15 einsatzerfahrene Soldatinnen und Soldaten des Heeres oder der Luftwaffe sind in einem MTT. Für jeweils vier Wochen reisen die Teams in die truppenstellenden Länder, um ihr Wissen mit den Kameradinnen und Kameraden vor Ort zu teilen. „Wir nennen das training and capacity building, also Ausbildungs- und Fähigkeitsaufbau“, so der ministerielle Referatsleiter Peacekeeping.



**Evelyn Schönsee**  
ist Redakteurin der IF.

# Paradox des Friedens

## Die nukleare Eigenständigkeit Europas

**Die transatlantischen Beziehungen befinden sich in einer schweren Belastungsprobe. Einige Europäer erwägen nun eine „Euro-Atombombe“. Diese Idee ist problematisch und verspricht weniger, als es auf den ersten Blick erscheint. Eine Stärkung des bestehenden Nordatlantikvertrags scheint der bessere Weg zu sein.**

von Paul Silas Peterson

**D**ie internationale Sicherheitsordnung befindet sich in einem gefährlichen Verwandlungsprozess. Einen Hoffnungsschimmer sahen wir zuletzt im Juni 2021 in dem von dem damaligen US-Präsidenten Joe Biden und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin veranlassten Dialog über strategische Stabilität (Strategic Stability Dialogue). In dem Communiqué des Treffens bestätigten die beiden Staatsoberhäupter die Tradition ihrer jeweiligen Vorgänger Ronald Reagan und Michail Gorbatschow vom Jahr 1985 und hielten

darin fest, dass „ein nuklearer Krieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf.“

Im Dezember 2021 stellte Russland eine Liste von Forderungen gegenüber den USA und der NATO auf. Gegen die Erweiterung der freiheitlichen Demokratie in Osteuropa sollte die russische Einflussphäre wiederhergestellt werden. Die NATO lehnte diese Forderungen ab. Ein paar Monate später kam es zum russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022.

Französischer Atomwaffentest →  
im Südpazifik 1970.

Foto: imago images/Kharbine-Tapabor



Nukleare Waffen  
widersprechen  
allen Regeln der  
Verhältnismäßig-  
keit und führen  
zu langfristigen,  
irreparablen radio-  
aktiven Schäden an  
den kommenden  
Generationen sowie  
an der Natur.



## Die nukleare Option in Zeiten der zunehmenden Instabilität

Schon vor 2022 und bis heute versucht Russland einen Zustand des „Un-Friedens“ in und zwischen den NATO-Ländern mit Hilfe einer breitgefächerten Kampagne der Destabilisierung herbeizuführen. Ziel ist eine politische, militärische, wirtschaftliche, soziokulturelle und wertbezogene Umorientierung der – aus russischer Sicht - „verloren gegangenen“ Einflussphäre. Gemäß westlicher Einschätzung handelt es sich um nichts weniger als den fundamentalen Rückbau der freiheitlichen Demokratie in Osteuropa. Der Einsatz von nuklearen Waffen wird zwar gelegentlich angedroht, liegt aber ganz am Ende der vor-nuklearen Handlungsoptionen, nämlich als ultimative Verteidigung des Staates.

## Wende von Abrüstung zur Aufrüstung

Seitdem Russland 2023 seine Teilnahme am Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen (New START) ausgesetzt hat – ein Vertrag, der möglicherweise 2026 ohne Ersatz auslaufen wird – ist die Zukunft der nuklearen Abrüstung unklar. Die kollaborativen Maßnahmen zur internationalen Sicherheit sind zum Stillstand gekommen. Im November 2024 hat Russland die offizielle russische Nukleardoktrin geändert und den Schwellenwert für die Verwendung der Waffen gelockert. Wie zuvor liegt die Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen jedoch bei Wladimir Putin, der an keine Doktrin gebunden ist. Laut NATO erwägt Russland nun sogar die Option, Atomwaffen im Weltraum zu stationieren.

## Kritischer Teamplayer USA im „Pivot nach Asien“

In dieser Situation schaut Europa über den Atlantik und fragt sich, ob die alten Verbündeten der transatlantischen Freundschaft noch treu sind, ob Grundlage und ursprüngliche Voraussetzung des NATO-Bündnisses hinsichtlich nuklearer Abschreckung noch intakt sind. In Interviews und inoffiziellen spontanen Äußerungen werden gemischte Signale aus den USA gesendet. Die Trump-Administration baut maximalen Druck auf, um die Europäer zu mehr Selbstverantwortung in der Verteidigung zu bewegen. In den wichtigsten öffentlichen Reden bleiben die USA offiziell bündnistreu. Der US-Verteidigungsminister Pete Hegseth hat bei einer Rede auf dem

## Laut NATO erwägt Russland nun die Option, Atomwaffen im Weltraum zu stationieren.

*Christoph B. Schiltz: NATO-Chef warnt – Russland könnte im Weltraum Atomwaffen gegen Satelliten einsetzen, Welt, 17. April 2025*

*Bomber für Angriffe strategischer Ziele über weite Strecken entfernt: Amerikanische Stratosphärenbomber können nicht nur konventionelle Waffen, sondern auch Atombomben tragen.*





← US-Verteidigungsminister Pete Hegseth auf dem NATO-Treffen in Brüssel.

NATO-Treffen in Brüssel am 12. Februar 2025 hervorgehoben, dass „die USA dem NATO-Bündnis und der Verteidigungspartnerschaft verpflichtet sind“ („The US is committed to the NATO alliance and defense partnership“). In Anbetracht der US-amerikanischen Sicherheitswende nach Asien müsse Europa jedoch „die Verantwortung für die konventionelle Sicherheit auf dem Kontinent übernehmen“. Um Frieden durch Stärke zu erhalten, müsse Europa den „überwältigenden Anteil“ der konventionellen Abschreckung übernehmen. US-Vizepräsident J. D. Vance hat im Februar 2025 in seiner kritischen Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz die gleichen Grundlinien hervorgehoben und unterstrichen, dass die

USA und Europa zwar „im selben Team“ sind („on the same team“), Europa allerdings mehr Verantwortung für seine Verteidigung übernehmen müsse. Laut eines geheimen internen Leitfadens von Verteidigungsminister Hegseth, der im März 2025 der Presse zugespielt wurde, ist China die „einzige uns einholende Bedrohung“ und Hauptkonzentrationspunkt der US-Sicherheitspolitik. Die USA werden den Europäern weiterhin mit einer nuklearen Abschreckung beistehen. Die Europäer dürfen aber nur auf diejenigen US-Streitkräfte zählen, die nicht für die Verteidigung der USA oder für die Abschreckung Chinas benötigt werden. Laut Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in Den Haag im Juni 2025 stehen die NATO-Mitgliedstaaten weiterhin zur „eisernen Verpflichtung“ („ironclad commitment“) der gemeinsamen Verteidigung.

#### **Eine Euro-Atombombe?**

Einige Strategen in Europa betrachten heute den transatlantischen Westen als im Zerfall begriffen und denken über eine gemeinsame europäische nukleare

Aufrüstung nach. Die kulturellen Grundlagen, Gemeinsamkeiten und der Austausch aller Art auf vielen Ebenen in den transatlantischen Beziehungen sind jedoch noch aktiv. Die vielfältigen pendelnden Kräfte innerhalb dieser gemeinsamen transatlantischen demokratischen Tradition lassen sich nicht so leicht aufheben. Außerdem erkennt man seit der europäischen Staatsschuldungskrise vom Jahr 2009 die Abnahme von Integrationsbestrebungen in Europa. Die bessere Lösung in der Gegenwart wäre also stattdessen ein sehr ernsthaftes Gespräch mit den US-Amerikanern über bereits bestehende NATO-Vereinbarungen, um sich gegenseitig die Nicht-Notwendigkeit weiterer Proliferation von nuklearen Waffen zu versichern.

Russland würde eine europäische Proliferation als eine massive Provokation sehen, möglicherweise als einen nicht-hinnehmbaren „Spielveränderer“. Deutschland hat den Nichtverbreitungsvertrag unterschrieben. Das gleiche Thema wird auch im

Zwei-plus-Vier-Vertrag geregelt. Auch als eine „Euro-Atombombe“ würde sich Russland auf diese Verträge berufen. Das amerikanische Arsenal ist mehr als ausreichend, um Europa im Falle eines russischen Erstschlags zu verteidigen. Es braucht sehr kluge und vorsichtige Diplomaten, die diese Fragen klären. Statt neuer Nuklearwaffen sollte der bestehende Vertrag im Verteidigungsbündnis bestätigt werden.

### **Die Waffen- und Verteidigungssysteme der Zukunft und das „nukleare Tabu“**

Neue technologische Entwicklungen bringen große Änderungen zu den Verteidigungssystemen der Zukunft, einschließlich KI, Quantentechnologien,

Kleinsatelliten, Hyperschall- und Cyberwaffen. Die Bedeutung dieser vielfältigen Entwicklungen für die Verteidigungsfähigkeit der Zukunft gehört zu den großen Sicherheitsfragen der Gegenwart. Trotz der neuen Spannungen und Widersprüche im Westbündnis muss Europa versuchen, mit den US-Partnern zusammenzuarbeiten, damit freiheitliche Demokratien an der Spitze dieser Entwicklung bleiben.

Obwohl Russland gelegentlich mit den Atomwaffen droht, ist nicht klar, ob diese Waffen noch unter den zentralen Werkzeugen des Krieges der Zukunft sein werden. Seitdem sie von den USA gegen Japan im Jahr 1945 verwendet

worden sind, sind sie nicht wieder eingesetzt worden. Es ist eine wissenschaftliche Frage an sich, warum das „nukleare Tabu“ so lange funktioniert hat. Militärtheoretiker sprechen oft über Szenarien, in denen Atomwaffen nach militärischer Logik eingesetzt werden würden. Jedoch hat die politische Logik ihre Verwendung bisher verhindert.

### **Hiroshima und Nagasaki nie vergessen**

Hiroshima und Nagasaki sind Namen die nie vergessen werden dürfen. Der Einsatz von Nuklearwaffen ist ein unvergleichbar gravierendes, moralisches Versagen und darf niemals wiederholt werden. Nukleare Waffen wider-



*Die Bombe „Little Boy“ brachte unvorstellbares Leid nach Hiroshima. 140.000 Menschen wurden getötet, nahezu alle Gebäude zerstört.*



↑ US-Präsident Ronald Reagan und Michail Gorbatschow als Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion starten mit ihren Gesprächen das Ende des Kalten Krieges.

sprechen allen Regeln der Verhältnismäßigkeit und führen zu langfristigen, irreparablen radioaktiven Schäden an den kommenden Generationen sowie an der Natur. In einer idealen Welt sollten alle entschärft und zerstört werden. In unserer realen Welt sind sie aber leider weiterhin zentraler Bestandteil der Abschreckungsstrategie, wie sie in der Nationalen Sicherheitsstrategie 2023 niedergelegt ist.

Wir sollten uns auf den Weg zu einer nuklear-freien Welt machen und alle Ressourcen dafür einsetzen, damit wir auf diesem Weg bleiben. Zugleich müssen wir aber auch sicherstellen, dass wir unsere eigenen Bevölkerungen vor dieser Bedrohung schützen. Jedem potenziellen Aggressor muss klar gemacht werden, dass wir eine „doppelte Verpflichtung“ haben, sowohl zum Frieden als auch zum Schutz unserer Bevölkerungen. Diese besondere ethische Botschaft der doppelten

Verpflichtung ist die unterliegende Logik der nuklearen Abschreckung. So nötig heute ein Dialog im Interesse der nuklearen Abrüstung ist, kann das nur in Gegenseitigkeit verwirklicht werden. Bis die Gegenseitigkeit der Vernunft und des Dialogs eintrifft, muss der Frieden paradoxerweise durch Abschreckung erhalten werden – auch mit Hilfe komplizierter Bündnisse.



**Prof. Dr. theol. habil.  
Paul Silas Peterson**

ist evangelischer Theologe  
am ZMSBw in Potsdam und apl.  
Professor an der Eberhard Karls  
Universität Tübingen.

Weitere Lesetipps  
zum Titelthema  
online:

## Die Schwierigkeit von diplomatischen Verhandlungen

**Interview mit Karl-Matthias Klause,**  
stellvertretender Botschafter an  
der deutschen Botschaft in London

*Diplomatie ist laut Karl-Matthias Klause nur mit Macht wirksam. Ein Waffenstillstand markiert den Übergang von Krieg zu Frieden, doch Idealvorstellungen wie „Frieden ohne*



*Waffen“ reichen in der Realität nicht aus. Diplomatie braucht Stärke, um wirksam zu sein.*

Auf YNSIDE

## Drehscheibe Deutschland

**Bedeutung des HNS für die  
NATO-Friedenssicherung**

von Oberst i.G. Mario Karnstedt,  
Dienstältester Deutscher Offizier/  
Deutscher Anteil Headquarter Joint  
Support and Enabling Command

*Mit ihren aktiven Soldatinnen und Soldaten leistet die Bundeswehr einen aktiven und wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung und Verteidigung des NATO-Gebiets in Europa. Im Kriegsfall kommt Deutschland auch eine zweite Rolle zu. Das deutsche Staatsgebiet wird zur logistischen Drehscheibe. In Deutschland wird Munition, Verpflegung, Betriebsstoff gelagert und transportiert. Host Nation Support ist die offizielle Bezeichnung für diese Art der Leistung.*



*Oberst i.G. Mario Karnstedt erklärt den Mechanismus und die Hintergründe online.*

Auf [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de)



g

ch willkommen!

Deutschen Bundestages und  
ersten Nationalen Veteranentages

# Der Veteranentag

## Zeichen gesellschaftlicher Anerkennung

**Das Verhältnis von Bundeswehr, Politik und Gesellschaft wurde in der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an kritisch diskutiert. Das galt auch für den Veteranenbegriff, mit dem viele Menschen hierzulande lange Zeit wenig anfangen konnten. In heutigen Zeiten von Krieg und Krisen stellt sich die Frage nach der Rolle der Bundeswehr in unserer Gesellschaft neu: Wie können wir unsere gesellschaftliche Resilienz und Verteidigungsfähigkeit in Deutschland und Europa stärken? Welche Verantwortung tragen wir aber auch für die Menschen der Bundeswehr, die ihr Leben für Sicherheit, Freiheit und den Schutz unserer Friedensordnung einsetzen?**

von Niklas Wagener

**M**ehr sicherheitspolitische Verantwortung: In diesem Jahr blicken wir am 8. Mai zum 80. Mal auf das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus zurück. Ein Anlass, der angesichts der derzeitigen Weltlage vor allem als wichtige Mahnung zu begreifen ist: Der brutale russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die hybriden Angriffe durch Cyberattacken und Sabotageakte auch in Deutschland, die wachsenden Machtbestrebungen autokratischer Akteure und die Auflösungserscheinungen multilateraler Strukturen in der internationalen Politik bedrohen unseren Frieden, unseren Wohlstand und unsere Freiheit in Deutschland und in Europa. Deshalb ist es unerlässlich,

dass wir mehr sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen und unsere Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit - und zwar sowohl gegen äußere Bedrohungen als auch gegen feindlich Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur und unsere freiheitliche Grundordnung, massiv stärken und ausbauen.

Die Bundesregierung der 20. Wahlperiode hat die Zeitenwende in der Außen- und Sicherheitspolitik aktiv aufgegriffen und die politischen Prioritäten für die Bundeswehr unter anderem durch das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro neu gesetzt. Mit dem Aussetzen der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben noch zum Ende

der letzten Wahlperiode und der Einrichtung eines Sondervermögens von 500 Milliarden Euro für unsere Infrastruktur, sind die finanziellen Rahmenbedingungen so gut wie bisher nie, um unsere Fähigkeiten zur Gesamtverteidigung lageangemessen zu stärken und auszubauen.

Die Zeitenwende hat die Bundeswehr schlagartig zurück ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit befördert. Eine Mehrheit in unserer Bevölkerung

 15. Juni 2025  
**Nationaler  
Veteranentag**



↑ Bundeswehr-Veteranen sitzen auf der Besuchertribüne und verfolgen emotional bewegt, wie die Einführung eines nationalen Veteranentags beschlossen wird; links Bernhard Drescher, Bundesvorsitzender Bund Deutscher EinsatzVeteranen e.V.



↑ Bundesweit fanden Veranstaltungen zum Veteranentag statt. Eines der Gesichter der Kampagne, Stabsfeldwebel Jens R., zeigte sich in Berlin auf der Bühne.

steht zu den Aufgaben der Bundeswehr und unterstützt die Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Dennoch gibt es auch skeptische Stimmen und Unsicherheit in unserer Gesellschaft. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Für sie gelten die Grundsätze der Inneren Führung mit dem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform. Besonders Bundesregierung und Bundestag stehen in der Verantwortung, die Gesellschaft stärker in den Diskurs einzubeziehen und für Aufklärung zu sorgen. Dazu gehört auch, ihr die reale Bedrohungslage und unsere gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Verteidigung zuzumuten – sachlich, ohne Panikmache, aber entschieden im Sinne einer gemeinsamen Aufgabe und zur Stärkung der Resilienz unseres Landes und eines geeinten Europas. Ohne Motivation, Akzeptanz und Unterstützung durch die Angehörigen der Bundeswehr wird dies nicht gut gelingen. Anerkennung ist aber kein Automatismus und keine Einbahnstraße. Politik und Gesellschaft stehen ebenso in der Verantwortung, ihr Verhältnis zur Bundeswehr angesichts der Zeitenwende neu zu festigen. Das setzt

Dialog und Verständnis voraus. Wie weitreichend diese Dialogaufgabe im Verhältnis von Bundeswehr, Politik und Gesellschaft insgesamt ist, lässt sich gut auch an der Veteranen-debatte hierzulande beobachten. Diese Debatte wurde besonders mit dem Afghanistan-einsatz von 2001 bis 2022 von unten von den Soldatinnen und Soldaten selbst angestoßen. Sie wünschten sich mehr Anerkennung und Verständnis für ihre längst lebensgefährlich gewordenen Aufgaben in den internationalen Stabilisierungseinsätzen. In unserer Gesellschaft und auch in der Politik stießen sie jedoch häufig auf Skepsis. Viele in Deutschland verstanden unter „Veteranen“ eher Soldaten des Zweiten Weltkrieges oder allenfalls Vietnamkriegsveteranen. Dies änderte sich in der Bundesrepublik nur langsam, vor allem mit der zunehmenden Anzahl an traumatisierten Einsatzrückkehrern. Vieles hat sich mittlerweile sowohl in der Fürsorge und Versorgung von Einsatzveteranen, als auch in deren Anerkennung verbessert. Eine ausgeprägte Veteranenkultur, wie wir sie aus anderen Ländern etwa den USA oder Großbritannien kennen, steht in der Bundesrepublik Deutschland aber erst am Anfang.

### Mit den Basics beginnen

Selbst unter Angehörigen der Bundeswehr und bei Interessenverbänden sorgt der von der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen am Volkstrauertag 2018 per Tagesbefehl eingeführte Veteranenbegriff nicht nur aufgrund des Zeitpunkts mitunter noch für Irritation. Denn während in anderen Nationen darunter alt- und in Kampfeinsätzen gediente Soldaten und Soldatinnen verstanden werden, gilt in Deutschland als Veteran, „wer als Soldatin oder Soldat der Bundeswehr im aktiven Dienst steht oder aus dem Dienstverhältnis ehrenhaft ausgeschieden ist, also den Dienstgrad nicht verloren hat“. Diese maximal

inklusive Definition erklärt somit auch die 17-jährige, die den Freiwilligen Wehrdienst leistet, vom ersten Tag, an dem sie freiwillig eine Kaserne betritt, zur späteren Veteranin.

Insgesamt sprechen wir hierzulande unter Einberechnung aller aktiven und ehemaligen Bundeswehrsoldatinnen und -Soldaten einschließlich der Generationen von Grundwehrdienstleistenden, von rund elf Millionen Veteraninnen und Veteranen. Den Großteil von ihnen eint die Bereitschaft mit ihrem Dienst mit Mandat des Parlaments im äußersten Fall auch mit ihrer Gesundheit und ihrem eigenen Leben – dem höchsten Gut – für Freiheit, Recht und Frieden einzustehen. Dafür verdienen Soldatinnen und Soldaten Würdigung, Respekt und Unterstützung.

### Es bedarf einer gelebten Veteranenkultur

Der Dienst in allen Organisationsbereichen, jeder Teilstreitkraft und jeder Truppengattung der Bundeswehr bringt seine jeweils eigenen Herausforderungen mit sich. Während manche die in

diesem Kontext erlebten Extrem- und Ausnahmesituationen als persönlichen Gewinn verbuchen, etwa weil sie dabei über eigene Grenzen hinauswachsen, leiden andere mitunter noch lange danach psychisch oder physisch unter den belastenden Eindrücken von zum Beispiel Verletzung, Verwundung oder Tod von Kameradinnen und Kameraden, die sich nach der Rückkehr in den „Alltag“ auch auf das Leben ihrer Angehörigen auswirken. Gerade ihnen gegenüber

Games setzen in einer Atmosphäre des Respekts und der Wertschätzung ein wichtiges Zeichen für die teils großen Opfer, die Veteraninnen und Veteranen im Zuge ihres Dienstes für unser Land und den Schutz unserer Gesellschaft erbringen. Um dem Thema auch langfristig den gewünschten Raum in der Mitte unserer Gesellschaft zu öffnen, braucht es aber mehr! Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 25. April 2024, den 15. Juni zum

## Viele in Deutschland verstanden unter „Veteranen“ eher Soldaten des Zweiten Weltkrieges oder allenfalls Vietnamkriegsveteranen.

steht der Staat besonders in der Pflicht, Aufmerksamkeit für die individuellen Belange und Bedürfnisse zu generieren. Die im September 2023 gemeinsam von Bundeswehr und Zivilgesellschaft unter dem Motto „A home for respect“ in Düsseldorf abgehaltenen Invictus

jährlichen Veteranentag zu erklären, hat die Politik dieser Notwendigkeit Rechnung getragen. Ziel ist es, mit dem von Verteidigungsausschuss, Veteranen-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie anderen relevanten Akteurinnen und Akteuren zu gestaltenden Tag auf

↓ Das 2019 eingeführte Veteranenabzeichen kann von jedem Veteranen und jeder Veteranin beantragt und an der Zivilkleidung getragen werden.



↑ Der Generalinspekteur der Bundeswehr General Carsten Breuer sprach am Veteranentag auch mit den Kameraden des Vereins „Lachen Helfen e. V.“. Der Verein setzt sich für Kinder in Krisengebieten ein.

Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ein kontinuierlich sichtbares Zeichen der Anerkennung in der Mitte unserer Gesellschaft zu schaffen. Die Eröffnung des Büros im Dezember 2025 war sicherlich ein erster Erfolg und ein Auftakt hin zu einer gelebten Veteranenkultur. Wichtig ist mir hier, dass der Veteranentag nicht bloß zu einem weiteren Antreten und Protokoll-Üben für die aktive Truppe verkommt, sondern dass er in der Öffentlichkeit unter Mit-

sportlichen Laufveranstaltungen wie dem „Memorialrun“ oder „Run 4 Veterans“, dem Besuch eines Gottesdienstes, einer Benefiz-, oder Open-Air Veranstaltung mit Live-Musik, Buchlesung, Live-Podcast und vielem mehr, oder auch der „Musikalische Frühchoppen“. Hieran lässt sich im kommenden Jahr mit einem hoffentlich noch facettenreicheren Angebot anknüpfen. Ich selbst werde mich dafür in meinem Wahlkreis einsetzen und werben.

generieren, gilt es darüber hinaus konkrete Verbesserungen der Lage von Veteraninnen und Veteranen vorzunehmen. Die Situation von Einsatzgeschädigten und ihren Familien wird dabei besonders in den Fokus gerückt.



Hilfe für Einsatzgeschädigte auf der Website des Zentrums Innere Führung

Der dem Beschluss des Deutschen Bundestags zugehörige Antrag der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zum Veteranentag sieht in erster Linie eine grundsätzliche und einheitliche Verbesserung der Nachsorge von im Dienst, besonders im Auslandseinsatz, erlittenen Schädigten vor. Hierzu zählen Maßnahmen der Fürsorge und Rehabilitation, beispielhaft der Ausbau von Therapieangeboten und Betreuungskonzepten sowie Ansprechstellen für Geschädigte und deren Angehörige. Dadurch soll bundesweit eine barrierefreie Beratung für Veteraninnen und Veteranen gewährleistet werden. Geplant ist darüber hinaus, Beteiligungspflichten und bürokratische Hürden sowie die Verfahrensdauer für die Bearbeitung von Feststellungsanträgen auf sechs Monate zu reduzieren, ohne dass die Position der Antragstel-

## Der 15. Juni dieses Jahres soll der Tag sein, der zu einem öffentlichen Umdenken in der Beziehung zwischen Bundeswehr und Zivilgesellschaft beiträgt.

wirkung der Bürgerinnen und Bürger, der (Kommunal-) Politik, der Soldatenfamilien und -Freunde begangen wird. Bereits in diesem Jahr gab es am Veteranentag deutschlandweit ein breites Spektrum aktiver Beteiligungsmöglichkeiten: Sei es die Teilnahme an einem der „Märsche der Wertschätzung“,

### **Verbesserung der Lage von Veteraninnen und Veteranen**

Neben dem Ziel durch den Veteranentag die Bindung zwischen Bundeswehr und Öffentlichkeit zu steigern und damit ein stärkeres gesellschaftliches Bewusstsein für die Leistungen und Entbehrungen des Militärdienstes zu

*Pferdetherapien können Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten, die unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) leiden, helfen, in den Alltag zurückzufinden.*





↑ Als Schirmherrin des Veteranentages suchte Bundestagspräsidentin Julia Klöckner das Gespräch mit Soldatinnen und Soldaten.

↓ Prinz Harry betonte in einer Videobotschaft Deutschlands Rolle für den Frieden.



lerinnen und Antragssteller dadurch verschlechtert wird. Ich erachte in diesem Zusammenhang auch den Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses, der die eindringliche Prüfung und Probefinanzierung von tiergestützten Therapieansätzen vorsieht, als großen Fortschritt für von einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) betroffene Veteraninnen und Veteranen. Insgesamt soll in Zukunft empathischer auf die Situation Betroffener eingegangen werden, sodass ihnen die benötigte Hilfe schneller und flexibler zukommen kann. Der Deutsche Bundestag wird auch weiterhin einen kritischen Blick auf bestehende Rechtsvorschriften werfen und sich, wo erforderlich, konstruktiv für die Anpassung weiterer gesetzlicher Rahmenbedingungen einsetzen: Für eine unbürokratische und barrierearme Unterstützung von Veteraninnen und Veteranen, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt.

### Ausblick

Der 15. Juni dieses Jahres, an dem wir erstmalig den Veteranentag begangen haben, soll der Tag sein, der zu einem öffentlichen Umdenken in der Beziehung zwischen Bundeswehr und Zivilgesellschaft beiträgt. Dazu müssen wir zukünftig alle uns zur Verfügung stehenden Mittel und Wege nutzen, um über die Bedeutung des Tages im Vorhinein bestmöglich aufzuklären, sodass sich auch in den kommenden Jahren eine möglichst breite Masse aktiv an einer würdigen Wiederholung des Veteranentages beteiligt. Anstatt aufwendiger Zapfenstreiche unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit entsprechendem Beüben oder Werbemaßnahmen, sollte der Schwerpunkt des Veteranentages auf niedrigschwelligen Angeboten zum Dialog und Austausch liegen, wie auch die Wahrnehmung und Würdigung der Bundeswehr in der Bevölkerung anregen. Der Veteranentag darf kein weiterer Tag aus der Bundeswehr für die Bundeswehr sein. Er sollte nicht im Zeichen

überholter Soldaten- und Gesellschaftsbilder stehen, sondern zum Gedenken und Erinnern dienen und ein Signal des Danks an unsere tapferen Frauen und Männer in Uniform aussenden. Ihr Dienst für unsere Gesellschaft wird in den kommenden Jahren vermutlich noch an Bedeutung zunehmen, daher ist die Würdigung ihrer Leistungen und der Zusammenhalt mit ihnen nun wichtiger denn je – getreu dem Motto des Veteranentages: „Einmal dabei, immer verbunden!“



**Niklas Wagener  
(Bündnis 90/Die Grünen)**

**ist ordentliches Mitglied des  
Verteidigungsausschusses im  
Deutschen Bundestag.**

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.

# Mensch sein

von Evelyn Schönsee

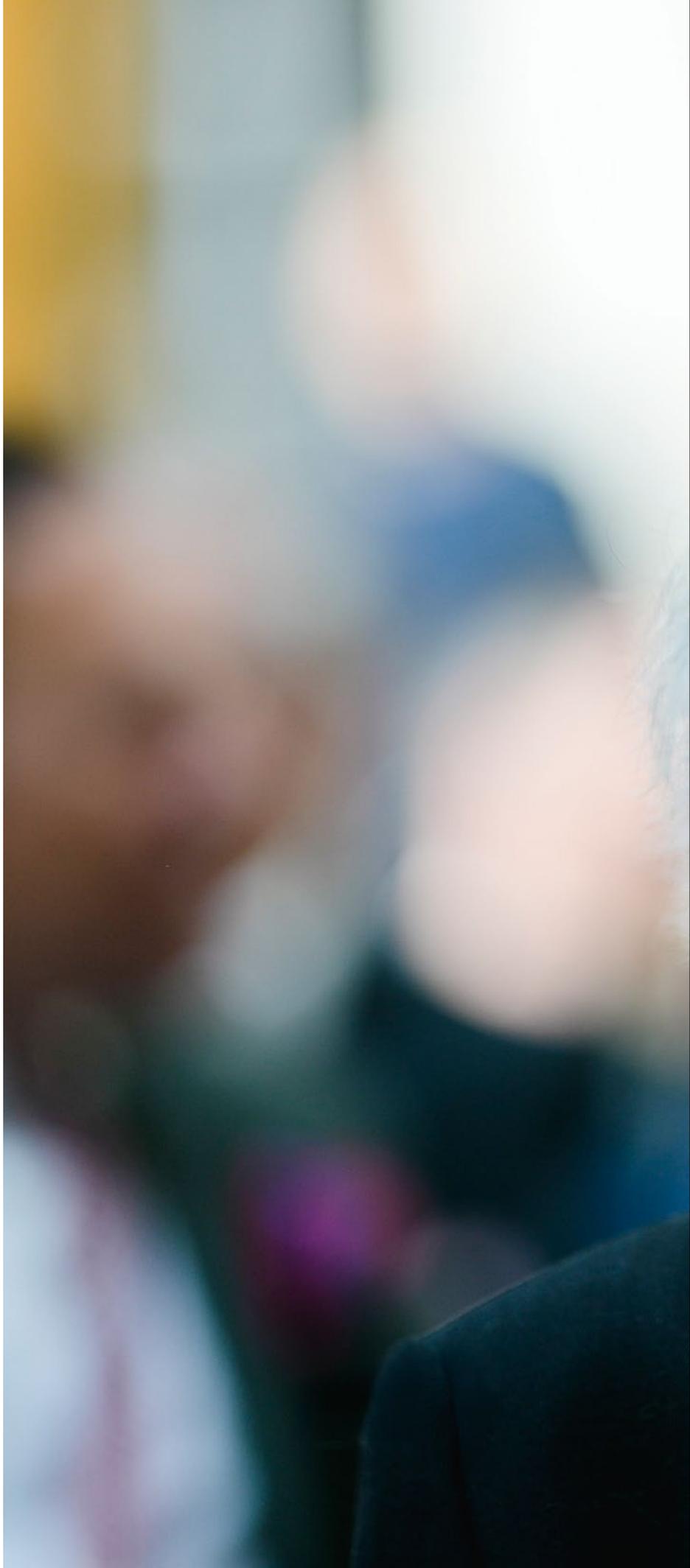
**M**argot Friedländers Botschaft ist einfach und anspruchsvoll zugleich: „Seid Menschen, respektiert Menschen!“ Diese vielzitierte Haltung der Holocaust-Überlebenden ist umso dringlicher in einer Zeit, in der rechts-extreme Einstellungen in der Gesellschaft zunehmen und sichtbar werden.

Vor einer Wiederkehr dessen, was Margot Friedländer unter den Nationalsozialisten durchleiden musste, hat sie öffentlich unermüdlich gewarnt.

Auch die Innere Führung ist unter dem Eindruck der Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs als eine Art Gegenentwurf entstanden: „Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr erfüllen ihren Auftrag, wenn sie aus innerer Überzeugung für Menschenwürde, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie als die leitenden Werte unseres Staates aktiv eintreten“, legt die Vorschrift Innere Führung als Selbstverständnis und Anspruch an den Einzelnen fest.

Margot Friedländer ist für ihr Engagement vielfach ausgezeichnet worden. Der Austausch vor allem mit jungen Menschen war ihr besonders wichtig. Stets appellierte sie in Schulen und bei Gedenkveranstaltungen an die nachwachsende Generation: Nie wieder sollten Menschen Menschen so etwas antun.

Margot Friedländer starb am  
9. Mai 2025.



„Seid Menschen,  
respektiert  
Menschen!“



# Der grausame Krieg

Illegitime Gewalt der  
russischen Streitkräfte

*Russische Angriffe verursachen Leid unter der Zivilbevölkerung, wie im März 2022 durch den Beschuss einer Geburtsklinik im ukrainischen Mariupol.*

**Die Kriegsverbrechen der russischen Streitkräfte im Krieg gegen die Ukraine schockieren die Weltöffentlichkeit. Tatsächlich sind solche Übergriffe typisch für die Truppen Russlands – in Geschichte und Gegenwart. Aus historischer Perspektive lässt sich besser verstehen, warum die Brutalität Russlands uns nicht überraschen sollte. Die Gewalt ist Teil der Kultur der Armee und Auswirkung einer Gesellschaft, in der Recht und Zivilität nicht geschätzt werden.**

von Jan Claas Behrends

**A**ls sich am 1. April 2022 die russischen Truppen nach verlorener Schlacht aus dem Kyjiwer Vorort Butscha zurückziehen, hält die Welt den Atem an: Die ukrainischen Truppen und die begleitenden Journalisten stoßen auf die Zeugnisse eines Massakers an der Zivilbevölkerung. Die Massenmedien verbreiten Bilder des Grauens und zeigen einen entsetzten ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. In Butscha liegen die Leichen ermordeter Zivilisten und Zivilistinnen auf den Straßen. Die vorrückenden Ukrainer finden Leichen, häufig mit Kopfschuss und anderen Zeichen der Folter, in Kellern und Hinterhöfen. Später stoßen sie auf Massengräber, in denen erschossene Bürgerinnen und Bürger verscharrt sind. Nach ukrainischen Angaben sind bis August 2022 mehr als 400 Tote in Butscha geborgen worden. In der Region Kyjiw gibt es zu Beginn der Vollinvasion unter russischer Besatzung mehr als 1.000 ermordete Einwohner zu beklagen.

Zur gleichen Zeit, im Frühjahr 2022, tobt im Süden der Kampf um die Hafenstadt Mariupol, die von russischen Truppen belagert wird. Während der dreimonatigen Kämpfe wird die Stadt von russischen Truppen am Boden und aus der Luft fast vollständig zerstört. Das russische Militär beschießt in diesen Wochen mehrfach gezielt zivile Flüchtlinge, die aus der Stadt



↑ Mehr als 400 Zivilisten wurden in Butscha von den russischen Streitkräften ermordet.

evakuiert werden. Auch eine Geburtsklinik wird zum Ziel russischer Angriffe. Zum Symbol des grausamen Vorgehens in Mariupol avanciert jedoch die Bombardierung des Theaters durch die Luftwaffe. In den Keller des Hauses haben sich wegen des beständigen Beschusses Zivilisten zurückgezogen und auf dem Platz vor dem Theater in großen Lettern darauf hingewiesen, dass hier zahlreiche Kinder („deti“) Schutz suchen. Dennoch greifen russische Bomber das Theater an – bis zu 600 Menschen kommen dabei nach Angaben von Associated Press ums Leben. Insgesamt sterben mehrere Tausend Zivilisten zu Kriegsbeginn in Mariupol durch russische Übergriffe. Der bekannte Völkerrechtler Otto Luchterhand bewertet das Vorgehen des Moskauer Militärs in Mariupol als „Kriegsverbrechen“ und „Völkermord“.

Das kriminelle Vorgehen der Streitkräfte der Russischen Föderation seit Beginn der Vollinvasion am 24. Februar 2022 ist gut belegt. Wenige andere Kriege sind so gut dokumentiert wie der Konflikt in der Ukraine. Unabhängige Journalisten, internationale Ermittler und Wissenschaftler sammeln bis heute Fakten über Russlands Angriffskrieg. Ihre Berichte sind keine leichte Lektüre. Dieser ganze Krieg ist illegitim und ein russisches Verbrechen. Warum bewegen sich die russischen Streitkräfte permanent außerhalb der internationalen Normen?

Illegitime militärische Gewalt ist ein Bestandteil des Krieges. Es kommt in Konflikten zu Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung, zum Einsatz gebannter Waffen, zur Misshandlung von Gefangenen. Kriegsverbrechen sind keine Besonderheit der russischen Armee. Erstaunlich und erklärungsbedürftig ist vielmehr das Ausmaß und die Systematik mit der die Truppen Putins gegen Zivilisten und Zivilistinnen vorgehen. Sie stehen damit in einer Tradition,

die ungebrochen auf das Zeitalter der Weltkriege, den russischen Bürgerkrieg und die sowjetische Epoche verweist. Militärgeschichtlich betrachtet gibt es weder im späten Zarenreich, noch in der UdSSR oder im post-sowjetischen Russland von Seiten der politischen Führung den Willen, die Streitkräfte dem Recht zu unterwerfen. Sie bleiben ein rechtsfreier Raum, in dem Gewalt stets eine wichtige Ressource darstellte. Dies gilt im Umgang mit dem militärischen Gegner, im Auftreten als Besatzer und im Verhalten gegenüber den eigenen Soldaten.

Bereits im Ersten Weltkrieg macht die zaristische Armee durch ihre Teilnahme an Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung von sich reden. Insbesondere die Kosakeneinheiten bilden eine Avantgarde der Gewalt, die brutal gegen friedliche Zivilisten vorgeht, ohne dafür von der militärischen Führung getadelt zu werden. Im Bürgerkrieg, der seit 1918 auf den Zerfall des Zarenreiches folgt, eskaliert die Gewalt auf allen Seiten und brutale

Ausschreitungen sind die Norm. Auch im polnisch-sowjetischen Krieg von 1920 kommt es zu zahllosen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung. Während des Zweiten Weltkriegs geht die Rote Armee so rücksichtslos vor, dass die verbündeten jugoslawischen Kommunisten sich bei Stalin persönlich beschwerten. Unter Wladimir Putins Regime steht es heute unter Strafe, auf diese dunklen Seiten des Triumphes von 1945 hinzuweisen. Historische Fakten sollen den Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ nicht beschmutzen. Einen kritischen Blick auf die militärische Vergangenheit erlaubt die Kreml nicht.



*Immer wieder müssen Angehörige die Opfer russischer Gewalt betrauern.*



↑ Angriff auf zivile Objekte ist für russische Kräfte eine Selbstverständlichkeit. Das Theater in Mariupol vor und nach dem russischen Bombenangriff im März 2022.

# ca. 600

**L** Menschen kommen beim Angriff auf das Theater in Mariupol nach Angaben von Associated Press ums Leben.

Seite 46, Foto: picture alliance/Associated Press/Emilio Morenatti  
Seite 47, Fotos: picture alliance/Associated Press/Uncredited;  
picture alliance/abaca/Depo Photos

Einen direkteren Einfluss auf das Verhalten russischer Truppen in der Ukraine haben die Kriege der späten Sowjetunion und der post-sowjetischen Zeit. Zum Jahresende 1979 marschiert die UdSSR in Afghanistan ein und führt danach zehn Jahre lang einen Partisanenkrieg, in dem sie sich zu keiner Zeit durch das Völkerrecht gebunden fühlt. Militärisch weitgehend erfolglos führt der Gewalteinsatz der sowjetischen Armee zu hunderttausenden zivilen Opfern und zwingt Millionen von Menschen, ihre Heimat zu verlassen. In Afghanistan lassen sich bereits ähnliche Muster der Gewaltanwendung erkennen, wie wir sie in der Gegenwart erleben. Dazu zählen der Einsatz der Artillerie gegen zivile Orte, Luftangriffe auf Dörfer und Städte sowie die Terrorisierung der Bevölkerung durch Besatzungstruppen. Trotz des militärischen Misserfolgs und der zahlreichen Kriegsverbrechen machen viele Offiziere, die in Afghanistan dienen, in der späten Sowjetunion und im post-kommunistischen Russland Karriere. Zu ihnen zählen der Vizepräsident Alexander Ruzkoi, der Verteidigungsminister Pawel Gratschow oder der



↑ Massengräber: Bei den Gräueltaten in Butscha wurden mehr als 400 Menschen ermordet.



↑ Mit ihren Gewehren im Anschlag patrouillieren russische Soldaten am 27.3.2000 durch die zerstörte Stadt Grosny, in der sich weiterhin tschetschenische Rebellen verschanzt halten.

Gouverneur Alexander Lebed, der 1989 auch einen brutalen Einsatz gegen friedliche Demonstrierende in Georgien verantwortet und 1992 russischer Befehlshaber im Krieg um Transnistrien ist. Trotz einiger Initiativen während der Gorbatschow-Zeit sind die sowjetischen Kriegsverbrechen in Afghanistan nicht aufgearbeitet worden. Die zwei Kriege gegen die tschetschenische

### Massengewalt und Terror gehören zum Instrumentarium der Armee Russlands. Sie sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Separatismusbewegung (1994-96 und 1999-2009) im Süd-Kaukasus sind ebenfalls von Kriegsverbrechen durch die russische Armee gekennzeichnet.

So kommen bei der Belagerung Grosny, der Hauptstadt Tschetscheniens, Tausende durch Artilleriebeschuss um, und die Luftangriffe zerstören die Stadt in einem ähnlichen Maße wie 2016 das syrische Aleppo oder 2022 das ukrainische Mariupol. Die Sowjetunion und Russland führen keinen Luftkrieg gegen strategische Ziele; sie terrorisieren die Bevölkerung aus der Luft, um

Schrecken zu verbreiten und den Gegner zur Unterwerfung zu zwingen.

Dies zeigt sich auch in jüngster Zeit durch Drohnen-an-

griffe und ballistische Raketen, die zivile Ziele in der Ukraine attackieren. Besonders perfide sind dabei Doppelangriffe („double tab“), die darauf

abzielen, die Rettungs-kräfte, die zum Angriffsort eilen, in einem zweiten Schlag ebenfalls zu treffen. Bei den Luftangriffen auf zivile Wohnorte, Krankenhäuser, öffentliche Plätze oder den Doppelangriffen lassen sich klare Muster beschreiben, die von der russischen Luftwaffe in Tschetschenien, Syrien und der Ukraine verwendet worden sind. Neben dem Terror aus der Luft ist in Tschetschenien insbesondere die Zerstörung von Dörfern und Moscheen sowie die gezielte Geiselnahme von Zivilisten und Zivilistinnen getreten.

Die weit verbreitete westliche Unkenntnis über das russische Vorgehen in den post-sowjetischen Kriegen, in Syrien und die gesetzlose Besetzung auf der Krim und im Donbas seit 2014 erklärt das Erstaunen der Öffentlichkeit über Butscha, Mariupol und andere Kriegsverbrechen, die Putins Armee seit 2022



← Ein Ort des Schreckens:  
Eine russische Folter-  
kammer in Kherson.

in der gesamten Ukraine verübt. Tatsächlich gehört diese verbrecherische Form der Kriegsführung zum modus operandi der sowjetischen und der russischen Armee. Ihre Taten finden jedoch in der Regel unter dem westlichen Radarschirm statt. Das Wegschauen, die weitgehende Normalisierung des Vorgehens der russischen Armee, auch während ihres Eingreifens in Syrien, ist noch nicht aufgearbeitet. Auch heute sehen wir, dass sich weite Teile der deutschen Bevölkerung kaum über die verbrecherische Natur des Putin-Regimes bewusst sind.

Letztlich weist die illegitime Gewalt der russischen Streitkräfte über den Bereich des Militärischen hinaus. Jede Armee ist ein Stück weit auch Abbild ihrer Gesellschaft. Die Armee Putins zeigt die Rechtlosigkeit, Brutalität und Unbarmherzigkeit, die das soziale Leben in Russland insgesamt kennzeichnen. Nicht nur Korruption, sondern Gewalt und Kriminalität sind in Russland weit verbreitet. Hinzu kommt die Welt der Lager und die Gewalt im privaten Bereich – unter der Präsidentschaft Putins wurde das Schlagen von Kindern und Ehefrauen 2017 legalisiert. Die Streitkräfte sind nur ein Puzzlestein in der russischen Gewalterfahrung – allerdings ein sehr gewichtiger, da sie über Kriegswaffen verfügen und sich nicht an das Recht gebunden sehen. Es wäre naiv anzunehmen, dass Putins Russland gegen die NATO – sei es im Baltikum oder in Polen – anders Krieg führen würde als in der Ukraine. Massengewalt und



↑ Russische Gewalt hat eine lange „Tradition“. Russische Kosaken gingen brutal gegen ihre Gegner vor.

Terror gehören zum Instrumentarium der Armee Russlands. Sie sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Gerade im Hinblick auf die Zivilbevölkerung an der Ostflanke der NATO ist es daher von elementarem Interesse, dass die Abschreckung funktioniert und der Kreml keine Möglichkeit sieht, das Bündnis anzugreifen. Ansonsten dürften wir die grausamen Bilder, die wir aus der Ukraine kennen, auch auf NATO-Gebiet sehen. Die Ukraine zu stärken heißt deshalb, auch unsere Bevölkerung zu schützen.



**Prof. Dr. Jan Claas Behrends**

ist Osteuropahistoriker und lehrt als Professor an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Behrends ist auch Projektleiter am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung.

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.



# Kniefall der Geschichte

Entspannungspolitik  
ist wehrhaft

**Mit seinem Kniefall vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos setzte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt 1970 ein Zeichen der Demut und Verantwortungsbereitschaft. 25 Jahre nach der Befreiung der NS-Konzentrationslager und dem Ende des Zweiten Weltkriegs war seine Geste in der deutschen Gesellschaft ebenso umstritten wie seine Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa. Was sagen uns Brandts Kniefall und seine „Neue Ostpolitik“ heute, im Angesicht der „Zeitenwende“ und eines neuen Krieges in Europa?**

von Kristina Meyer

**K**alt und grau war es in Warschau, als Willy Brandt am 7. Dezember 1970 das Denkmal für die Helden des Aufstands im jüdischen Ghetto von 1943 besuchte. Nachdem der Bundeskanzler einen Kranz niedergelegt hatte, sank er auf die Knie. Mit gefalteten Händen verharrte er zwanzig Sekunden in dieser Position, bevor er sich mit einem Ruck wieder erhob. Das Foto dieses stillen Augenblicks ging um die Welt und in die Geschichte ein.

Der erste sozialdemokratische Kanzler der Bundesrepublik war in die polnische Hauptstadt gereist, um den Warschauer Vertrag zu unterzeichnen – Teil der „Neuen Ostpolitik“ der 1969 gebildeten Regierung von SPD und FDP. 25 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und mitten im Kalten Krieg spaltete Brandts Entspannungspolitik die bundesdeutsche Gesellschaft. Sein Kniefall, damals

hochumstritten, gilt heute als bedeutendes Symbol für die schwierige Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und für den Willen zur Verständigung mit Polen.

#### **Die Neue Ostpolitik**

Mit Brandts Wahl zum Bundeskanzler hatte ein außenpolitischer Richtungswechsel begonnen. Die von CDU-Kanzler Adenauer geprägte „Hallstein-Doktrin“, nach der die Bundesrepublik keine Beziehungen zu Staaten unterhielt, die die DDR anerkannten, wurde von der „Neuen Ostpolitik“ abgelöst. Unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ wollte die neue Regierung die schwierigen Beziehungen zu den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas normalisieren, den Frieden durch eine Politik der Entspannung sichern und langfristig die Teilung des Kontinents überwinden.

*Willy Brandts Kniefall vor dem Denkmal für die Helden des Aufstands im jüdischen Ghetto in Warschau.*



Tod, Leid und Demütigung sind im Warschauer Ghetto an der Tagesordnung. Ein sichtbares Zeichen dieser Erniedrigung ist der Judenstern.



Nachdem im August 1970 der „Moskauer Vertrag“ zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR geschlossen worden war, stand wenige Monate später die Unterzeichnung eines Abkommens mit Polen an. Kernstück des „Warschauer Vertrags“ war die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze des polnischen Staates. Damit bekannte sich die Bundesregierung zu einem Verzicht auf die ehemaligen deutschen Gebiete, die 1945 an Polen gefallen waren. Die Opposition aus CDU und CSU, aber auch die Vertriebenenverbände sahen in dieser Anerkennung des Status quo einen „Ausverkauf“ deutscher Interessen. Das Entgegenkommen gegenüber den Staaten des Ostblocks kritisierten sie als „Schützenhilfe“ für die dortigen Regierungen. Schon vor seiner Reise nach Warschau erhielt der seinerzeitige Kanzler anonyme Morddrohungen und Briefe, in denen das Abkommen mit Polen als „Schandvertrag“ bezeichnet wurde.

Um diese Vorbehalte zu entkräften, wandte sich Brandt aus Warschau an das heimische Fernsehpublikum: Beim deutsch-polnischen Vertrag gehe es „um den Beweis unserer Reife und um den Mut, die Wirklichkeit zu erkennen“. Mit den Ostverträgen werde nichts preisgegeben, was „nicht längst verspielt worden“ sei, nämlich „von einem verbrecherischen Regime, vom Nationalsozialismus“. Der damalige Kanzler erinnerte daran, dass dem polnischen Volk im Krieg „das Schlimmste zugefügt wurde, was es in seiner Geschichte hat durchmachen müssen“. Und er rief den Deutschen ins Gedächtnis, dass Polen der zentrale Schauplatz des Massenmords an den europäischen Juden gewesen war: „Namen wie Auschwitz werden beide Völker noch lange begleiten und uns

„Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Worte versagen.“

Willy Brandt

daran erinnern, daß die Hölle auf Erden möglich ist; wir haben sie erlebt.“

#### Der Kniefall

Noch vor der Vertragsunterzeichnung besuchte Brandt am 7. Dezember 1970 nicht nur das Grabmal des Unbekannten Soldaten, sondern auf eigenen Wunsch auch den Platz der Helden des Ghettos. Dort, wo zeitweise bis zu 350.000 Jüdinnen und Juden auf drei Quadratkilometer hatten leben müssen, bevor sie in die Vernichtungsstätten deportiert wurden, erinnert ein Ehrenmal an den 1943 gescheiterten Aufstand



↑ 350.000 Menschen wurden im Warschauer Ghetto eingeschlossen und ausgehungert.



← Angehörige der SS treiben die Bevölkerung des Warschauer Ghettos zum Abtransport ins KZ zusammen.

## Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr!



↑ Das Umschlagplatz-Denkmal ist ein Mahnmahl in Warschau.

der verbliebenen Bewohner. Geplant hatte Brandt seinen Kniefall nicht, aber gespürt, dass er an diesem besonderen Ort ein Zeichen setzen musste: „Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Worte versagen.“

In der westdeutschen Öffentlichkeit stieß der Kniefall auf geteilte Reaktionen: Fast die Hälfte der Bundesbürger hielt die Geste Brandts laut einer Umfrage für „übertrieben“, nur 41 Prozent fand sie „angemessen“. In Leserbriefen an den Spiegel war von einem „Canosagang“ Brandts und von einem knieenden „deutschen Judas“ zu lesen. Ein selbstkritischer Umgang mit Schuld und Verantwortung war damals noch keine Selbstverständlichkeit.

### Der Weg zur Aussöhnung

Was der deutsche Überfall 1939 für Polen bedeutet hatte, davon war in

den Reaktionen auf Brandts Kniefall kaum die Rede. Allein in den ersten Kriegswochen hatten Wehrmacht und SS Zehntausende Zivilisten getötet und Hunderte von Dörfern niedergebrannt. Mehr als sechs Millionen polnische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger verloren unter deutscher Besatzung ihr Leben, darunter drei Millionen Juden. Vor diesem Hintergrund war die Herstellung neuen Vertrauens zwischen Deutschen und Polen eine große Herausforderung. Entsprechend viel Aufmerksamkeit und Anerkennung erhielt Brandt weltweit für seine Geste, ebenso wie für seine Entspannungspolitik. Im Dezember 1971 wurde er dafür mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Polen war ein Meilenstein im schwierigen Annäherungsprozess beider Länder. Dennoch markierte es nur den Auftakt zu einer Entwicklung, die erst nach den friedlichen Revolutio-

nen in Polen und in der DDR sowie der Deutschen Einheit zu einer wirklichen Partnerschaft führen konnte. Der Grenzvertrag von 1990 und der Nachbarschaftsvertrag von 1991 legten die Oder-Neiße-Grenze endgültig fest. Mit der Osterweiterung von EU und NATO wurden neben Polen auch einige andere Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts Teil des westlichen Bündnissystems.

### Die Zeitenwende

Nach dem Ende des Kalten Krieges schien es für viele Jahre so, als sei ein friedliches Miteinander in Europa auf Dauer möglich. Doch schon der Kosovo-Krieg machte 1998/99 deutlich, dass die Losung „Nie wieder Krieg“ auch im Fall

von Deutschland nicht gleichbedeutend sein konnte mit dem völligen Verzicht auf den Einsatz militärischer Mittel im Angesicht neuer Menschheitsverbrechen. In den Beziehungen mit Russland setzte die Bundesrepublik ebenso wie viele andere europäische Staaten auf enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, von der man sich unter dem Stichwort „Wandel durch Handel“ auch politische Stabilität versprach. Obwohl seit den frühen Nullerjahren immer deutlicher wurde, dass die Regierung in Moskau eine autoritäre und imperialistische Politik verfolgte, wurde an dieser Strategie festgehalten – mit fatalen Folgen. Die Illusion, dass der Frieden

in Europa dauerhaft gesichert war, zerbrach mit dem Beginn der russischen Großinvasion in die Ukraine am 24. Februar 2022. Dabei hätte schon 2014, nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Besetzung der Ostukraine durch Russland, vielen

Akteuren klar sein müssen, wie wenig der Regierung in Moskau am Erhalt der europäischen Sicherheitsordnung gelegen war. Die „Zeitenwende“ hat viele Gewissheiten zerstört, mit denen die Nachkriegsgenerationen in Deutschland und Europa aufgewachsen waren. Die deutsche Gesellschaft und mit ihr die Bundeswehr steht vor der großen Herausforderung, diesen veränderten Realitäten gerecht zu werden.

Seit dem Beginn der Zeitenwende wird Willy Brandt gerne von jenen als Vorbild herangezogen, die die politische

Historische Verantwortung  
bedeutet auch, gegen neue  
autoritäre und diktatorische  
Regime Stellung zu beziehen.

↓ Bundeskanzler Willy Brandt, rechts, trägt sich in ein Gästebuch ein, im Hintergrund steht Bundesaußenminister Walter Scheel, vor der Kranzniederlegung vor dem Denkmal der Helden des Ghettos, bevor es 1970 zum historischen Kniefall in Warschau kommt.





↑ Unterzeichnung des Deutsch-Sowjetischen Vertrages über den gegenseitigen Verzicht auf Gewaltanwendung und -androhung am 12. August 1970 in Moskau. Neben Willy Brandt der sowjetische Ministerpräsident Alexei Kossygin sowie der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko und der deutsche Außenminister Walter Scheel. Hinter Brandt steht der Generalsekretär der KPDSU, Leonid Breschnew, hinter Kossygin der deutsche Staatssekretär Egon Bahr.

und militärische Unterstützung der Ukraine ablehnen: Würden wir uns an seiner Entspannungspolitik orientieren, so argumentieren sie, wären längst Wege zu Friedensverhandlungen gefunden worden. Dieser Interpretation seines Vermächtnisses würde Brandt ganz sicher nicht zustimmen: Er war kein bedingungsloser Pazifist, so sehr es ihm auch um die Sicherung des Friedens ging. Zur Verteidigung der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts einer Nation hielt er den Einsatz von Waffengewalt grundsätzlich für legitim. Die Ausgaben für das Militär beliefen sich in seiner Amtszeit auf drei bis vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Für ihn war es eine Selbstverständlichkeit, dass Bemühungen um Entspannung stets mit militärischer Verteidigungsfähigkeit Hand in Hand gehen mussten. Und was auch nicht vergessen werden darf: Die Sowjetunion war zwar ein diktatorisches Regime, aber der Regierung in Moskau ging es zur Zeit der Neuen Ostpolitik um eine Konsolidie-

rung des Status quo, und nicht, wie der heutigen Regierung im Kreml, um eine völkerrechtswidrige Ausdehnung ihres Territoriums.

### Lehren für die Gegenwart

80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa und bald 55 Jahre nach Willy Brandts historischem Kniefall steht Deutschland vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits darf sich unsere Geschichts- und Erinnerungspolitik nicht in Ritualen erschöpfen, mit denen sich jüngere Menschen ohne Bezug zu den damaligen Ereignissen nicht mehr identifizieren können. Gefragt ist eine historisch-politische Bildung, die Wissen über die deutschen Verbrechen während der NS-Zeit vermittelt – erst recht in Zeiten eines erstarkenden Rechtsextremismus, der die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlost. Andererseits reicht es nicht mehr, die Losung „Nie wieder Krieg“ als Appell zur militärischen Zurückhaltung Deutschlands zu ver-

stehen: Eine wehrhafte Demokratie – nach innen und nach außen – braucht nicht nur ein kritisches Geschichtsbewusstsein, sondern auch die Fähigkeit zur Verteidigung. Historische Verantwortung bedeutet auch, gegen neue autoritäre und diktatorische Regime Stellung zu beziehen. Das hätte auch Willy Brandt so gesehen.



### Dr. Kristina Meyer

ist seit 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung in Berlin. Seit 2019 ist sie ehrenamtliche Sprecherin des Geschichtsforums beim SPD-Parteivorstand.

In diesem Artikel gibt die Autorin ihre persönliche Auffassung wieder.



# Gerechter Friede, Gerechter Krieg



**Für den Frieden kämpfen**

**Die Zeitenwende hat Europa mit einer neuen sicherheitspolitischen Realität konfrontiert. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die europäische Friedensordnung erschüttert und gezeigt, dass die Gefahr eines Krieges, in dem auch die deutsche Bundeswehr beteiligt sein könnte, real ist.**

von Franz-Josef Overbeck

**F**ür Soldatinnen und Soldaten stellt sich die Frage, wie sie mit der Lage der realen Kriegsgefahr verantwortlich umgehen können. Allgemeingültige Antworten darauf lassen sich auf diese zutiefst persönliche Frage auch für Staatsbürger in Uniform nicht geben, denn sie verlangt ethisch letztinstanzlich immer eine individuelle Gewissensprüfung. Die christliche Friedensethik kann hier nur ein Orientierungsangebot machen, um zwischen den beiden Extrempositionen eines unbedingten Pazifismus und eines kriegsbegeisterten Militarismus (die mir beide in der Bundeswehr nicht begegnen) für sich selbst den richtigen Kurs zu finden. Die Perspektive „gerechter Krieg und gerechter Friede“ möchte einen Rahmen liefern, um zu prüfen, unter welchen Bedingungen Gewaltanwendung moralisch vertretbar ist. Gleichzeitig bewahrt sie davor, unkritisch eine der genannten Extrempositionen zu stärken.

**Gerechter Krieg und gerechter Friede: Orientierung in der Zeitenwende**

Die Vorstellung, dass Krieg ethischen Kriterien unterworfen sein muss, geht im Abendland wesentlich auf christliche Denker zurück. Augustinus legte im 5. Jahrhundert den Grundstein, indem er angesichts der Zerfallserscheinun-

gen seiner Zeit fragte, unter welchen Bedingungen ein Christ legitim Gewalt anwenden dürfe. Er suchte einen Mittelweg zwischen rigorosem Pazifismus und fanatischer Kriegsbegeisterung. Die resultierende Lehre vom gerechten Krieg verlangte etwa einen gerechten Grund (*iusta causa*), rechtmäßige Autorität und die rechte Absicht (*recta intentio*) als Voraussetzungen für moralisch zulässige Kriegsführung. Später hat Thomas von Aquin diese Kriterien systematisiert und ergänzt. Was aber hier wichtig ist: Die Lehre vom gerechten Krieg ist keine Verherrlichung des Krieges – im Gegenteil. Es ist der Versuch, Krieg so weit moralisch zu disziplinieren, dass er nur noch im Ausnahmefall und unter strengen Auflagen geführt wird. Damit wurde die bloße Machtlogik („das Recht des Stärkeren“) durch eine Ethik des Rechts und des Gewissens ersetzt. Man kann diese Entwicklung durchaus als zivilisatorischen Fortschritt würdigen. Indem das Christentum Fragen der Gerechtigkeit in die Kriegsführung einbrachte, hat es die Grundlagen für das gelegt, was wir heute internationales Kriegsvölkerrecht nennen. In der Tat sind die heutigen Kodifizierungen des Kriegsvölkerrechts und der humanitären Regeln zu Recht gerühmt worden als zivilisierende

Kraft, die die Auswirkungen des Krieges zu begrenzen sucht. Dass überhaupt in internationalen Abkommen festgeschrieben ist, wer verschont werden muss (Zivilisten), welche Mittel verboten sind, wie zum Beispiel Chemiewaffen und dass Kriegsverbrechen geahndet werden – all das verdankt sich einem langen historischen Lernprozess.

Selbst in der Gegenwart ist die Strahlkraft der gerechten-Krieg-Tradition spürbar. Heute wird in einem beinahe wörtlichen Sinne versucht, diese Ethik in unsere Technik einzubauen: Forscher arbeiten an autonomen Waffensystemen mit einem „ethischen Kontrollsystem“, das diese Prinzipien implementieren soll. Man mag die Erfolgsaussichten kritisch sehen – doch allein die Tatsache, dass man Kriegsrobotern moralische Regeln einprogrammieren möchte, zeigt, wie unverzichtbar dieses zivilisatorische Erbe geworden ist.

Das heißt nicht, dass das Christentum in der Geschichte immer Frieden gestiftet hat – Kreuzzüge und Religionskriege mahnen zur Demut. Aber es heißt, dass das kulturelle Potenzial des Christentums, Gewalt zu transformieren, enorm ist. Zusammengefasst: Die abendländische Kultur verdankt dem

Christentum einen Rahmen, in dem Macht begrenzt, Recht und Ethik aber erhöht wurden – ein hohes Gut für die Zivilisation.

Nach den beiden Weltkriegen rückte das Leitbild des „gerechten Friedens“ in den Vordergrund. Dieses Konzept setzt auf Gewaltprävention, Versöhnung und Gerechtigkeit, ohne das Recht auf Selbstverteidigung aufzugeben. Militärische Gewalt bleibt strikt auf das letzte Mittel begrenzt und muss in eine umfassende Friedensstrategie eingebettet sein. Auch heute bewegt sich die Friedensethik im Spannungsfeld zwischen Gewaltverbot und Verteidigungspflicht. Wir dürfen weder unrealistisch hoffen, dass Appelle allein Aggressoren stoppen, noch annehmen, militärische Stärke sei die einzige Lösung – gefragt ist eine Balance: entschlossen Menschenleben und Recht schützen, ohne das Friedensziel aus den Augen zu verlieren. Die Lehre vom gerechten Krieg bietet genau dafür Orientierung, indem sie das Spannungsfeld zwischen notwendiger Wehrhaftigkeit und bleibendem Friedenswillen aus-

Tüchtig ist, wer etwas nicht nur kann, sondern es auch tun will. Eine solche innere Bejahung des Krieges ist aus christlicher Sicht problematisch, denn sie verletzt das Primat des Friedens.

lotet. Es ist der Versuch, Krieg so weit moralisch zu disziplinieren, dass er nur noch im Ausnahmefall und unter strengen Auflagen geführt wird. Damit wurde die bloße Machtlogik („das Recht des Stärkeren“) durch eine Ethik des Rechts und des Gewissens ersetzt. Man kann diese Entwicklung durchaus als zivilisatorischen Fortschritt würdigen.

**Tugendethik und innere Haltung: Warum das „Wie“ des Kämpfens zählt**  
In dieser Tradition betont die christliche Ethik neben äußeren Kriterien wie legitimem Anlass und Verhältnismä-

ßigkeit vor allem die innere Haltung der Handelnden. Das heißt: Waffengewalt darf nur mit dem Ziel eingesetzt werden, Frieden zu stiften, nicht aus Hass oder Rache, die eben keine Perspektive für Frieden und Versöhnung lassen. Entscheidend ist, mit welcher Gesinnung Soldatinnen und Soldaten kämpfen. Ein gerecht und tugendhaft handelnder Soldat lässt sich nicht von Vergeltung leiten, sondern hat den Schutz des

Lebens und den Frieden im Blick. So paradox es klingt: Wer kämpft, muss Frieden stiften wollen. Das bedeutet, Gewalt nur widerwillig und ohne Grausamkeit anzuwenden – als tragische Pflicht, nicht aus kriegerischer Lust.

Die tugendethische Perspektive lenkt den Blick darauf, wie gekämpft wird. Genau das fordern die Prinzipien der Inneren Führung der Bundeswehr: Soldaten müssen selbst im Gefecht ihren Wertekompass bewahren, an Recht und Menschenwürde gebunden bleiben und niemals die Menschlichkeit preisgeben.

Kreuzzüge: Kampf im Zeichen des Kreuzes ↓





↑ Bei der Allgemeinen Grundausbildung auf dem Truppenübungsplatz Lehnin erneuert eine Rekrutin vom Freiwilligen Wehrdienst ihre Gesichtstarnung.

← Combat ready für den Frieden: Die Beherrschung der Waffensysteme ist Voraussetzung einer erfolgreichen Abschreckung.

**Wehrhaft sein und Werte wahren**  
Gegenwärtig wird eine gesellschaftliche Debatte in Deutschland geführt, ob und in welchem Maße Deutschland „kriegstüchtig“ werden müsse. Ich bevorzuge den Begriff „kriegstauglich“, da meines Erachtens zwischen diesen Begriffen ein bedeutsamer Unterschied besteht. Bei genauer Betrachtung des Wortes impliziert Kriegstüchtigkeit nicht nur die Fähigkeit, sondern den Willen, Krieg zu führen. Tüchtig ist, wer etwas nicht nur kann, sondern es auch tun will. Eine solche innere Bejahung des Krieges ist aus christlicher Sicht problematisch, denn sie verletzt das Primat des Friedens. Kriegstauglichkeit hingegen bezeichnet die reine Fähigkeit, sich im Ernstfall verteidigen zu können, ohne Begeisterung für den Krieg. Denn alles militärische Handeln muss auf den Frieden ausgerichtet bleiben. An dieser Stelle möchte ich diese sprachliche Einordnung der Begriffe unbedingt mit dem Hinweis verbinden, dass ich die wichtige Debatte über „Kriegstüchtigkeit“ so verstehe: Es geht darum, Frieden bewahren zu wollen und erhalten zu können.

Vor diesem Hintergrund ist die geforderte Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr

aus christlicher Friedensethik und im Lichte der Inneren Führung nachvollziehbar, aber nur unter bestimmten Bedingungen vertretbar. Einerseits muss eine demokratische Gesellschaft wehrhaft sein, um Unrecht abwehren und die eigene Freiheit schützen zu können – dieses Recht auf Verteidigung erkennt auch die Kirche an. Andererseits darf erhöhte Wehrhaftigkeit niemals mit dem Verlust der eigenen Werte einhergehen. Die Bundeswehr folgt dem Prinzip der Inneren Führung, deren Kern die Bindung des Soldaten an Verfassung und Menschenwürde ist. Selbst eine wehrhafte Gesellschaft muss unbedingt ihre Humanität wahren. Es wäre widersinnig, wenn wir uns dabei in etwas Unmenschliches verwandeln würden. Gerade die Werte Recht, Freiheit, Gerechtigkeit und Barmherzigkeit unterscheiden uns vom Aggressor. Daher muss jede Aufrüstung von einem gesellschaftsübergreifenden Werte-Diskurs begleitet sein: Wehrhaftigkeit braucht einen moralischen Kompass.

**Schluss: Friedenstüchtig bleiben**  
Die Bundeswehr steht in der Zeitenwende vor dem Dilemma, friedens-tüchtig zu bleiben und dennoch der realen Kriegsgefahr gewachsen zu sein.

Ethisch lässt sich dieses Dilemma nur lösen, wenn wir im Ernstfall einen Krieg führen könnten, zugleich aber alles Menschenmögliche, mit Blick auf die Kriterien eines gerechten Friedens auch ethisch Vertretbare dafür tun, um ihn nicht führen zu müssen. Die in der öffentlichen Debatte geforderte Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr muss mit dem Ziel und der Entschlossenheit einhergehen, unsere Menschlichkeit zu bewahren und zu verteidigen. Dies beinhaltet also zugleich die Art und Weise, wie Deutschland „kriegstauglich“ wird, an dem Maßstab der Menschlichkeit auszurichten, die wir bewahren wollen. Kriegstauglich werden, um friedens-tüchtig bleiben zu können – das ist kein Widerspruch.



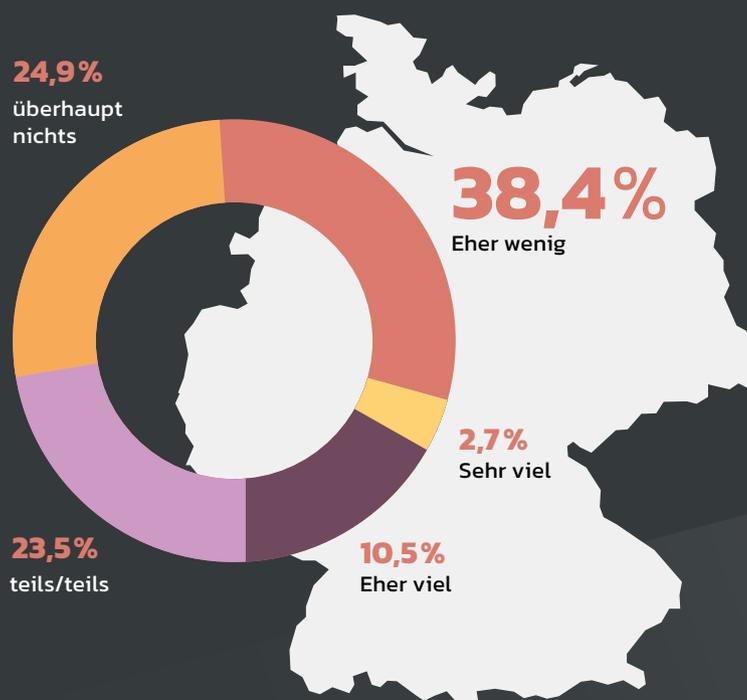
**Dr. Franz-Josef Overbeck, Bischof von Essen**  
ist Katholischer Militärbischof für die Bundeswehr.

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.

# Erinnern für die **Zukunft**

80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges stehen gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung, Wissen um Verstrickungen von Personen in der NS-Zeit und Engagement für Erinnerungskultur unter Druck. Antisemitische und rechtsextreme Ansichten nehmen zu und machen so historisch-politische Bildung umso wichtiger um die demokratische und solidarische Gesellschaft zu stärken.

Wie viel wissen Sie darüber, was während der Zeit des Nationalsozialismus an Ihrem Wohnort passiert ist?



1933-1945

von Katrin Kowark

Innovative Bildungsformate (wie zum Beispiel das Programm „MemoRails“, das NS-Geschichte an Bahnhöfen sichtbar machen soll) und Gedenkstättenarbeit, freiwilliges Engagement sowie Wissensvermittlung über Familie, Wohnort und den eigenen Arbeitgeber bieten für diese Bildungsarbeit Ansatzpunkte. Das ist das Fazit der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) aus der im April 2025 veröffentlichten „Gedenkanstoß MEMO-Studie“, ein Projekt der Bildungsagenda NS-Unrecht.

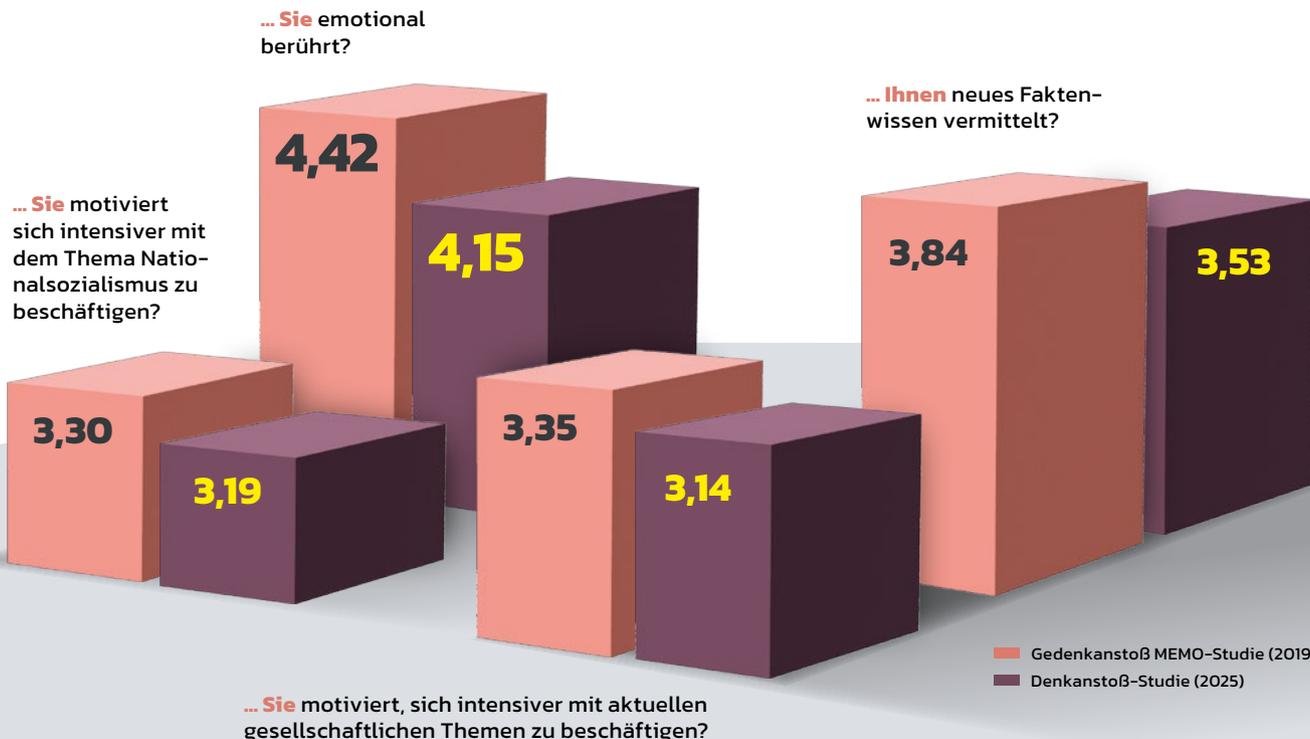
Für die Studie untersuchten die Stiftung und das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld in einer repräsentativen Online-Befragung das kritische Geschichtsbewusstsein in Deutschland.

Drei Viertel der Befragten hielten es für wichtig, die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten lebendig zu halten. Mehr als ein Drittel der Befragten (37,9 %) stimmten der Aussage zu, dass sie selbst etwas tun können, um das Erinnern an NS-Unrecht mitzu-

gestalten. Allerdings geben nur knapp 8 % an, dass sie sich auch tatsächlich in diesem Bereich engagieren. Es gibt also ungenutztes Potenzial von – insbesondere jüngeren – Menschen, die sich für unsere Erinnerungskultur und damit auch für unsere Demokratie engagieren wollen, es aber noch nicht umsetzen.

Der Besuch von Gedenkstätten ist für die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit von großer Bedeutung.

## Inwiefern hat der Gedenkstättenbesuch (auf einer Skala von 1–5\*) ...



Seite 60, Infografik: Ideenhaus/Ralf Brendjes  
Seite 61, Infografik: Ideenhaus/Alina Schmalz

Der Besuch von Gedenkstätten ist für die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit von großer Bedeutung. Einen Einfluss hat es laut Studie aber auch, dass die Befragten das Gefühl haben, die Gedenkstätte freiwillig zu besuchen.

\* Von 1 = „überhaupt nicht“ bis 5 = „sehr stark“

## Es sollte mehr an den Widerstand in Deutschland gegen die Nationalsozialisten erinnert werden, sagen knapp

# 42%

### **Familie, Unternehmen, Wohnort: Wenig Bewusstsein über Verstrickungen**

Wissens- bzw. Wahrnehmungsdiskrepanzen offenbarten sich bei Fragen zur Verstrickung des direkten Umfelds. Fast zwei Drittel der Befragten (63,3 %) gab an, wenig oder überhaupt nichts über die NS-Verbrechen in ihrem Wohnort zu wissen. Knapp ein Fünftel der Befragten (19,3 %) stimmte der Aussage zu, der Wohlstand vieler Familien in Deutschland basiere bis heute auf Verbrechen aus der NS-Zeit; mit Blick auf die eigene Familie bejahten dies weniger als 3 %. Ähnlich verhielt es sich bei dem Wissen über Unternehmen: Während mehr als ein Viertel (27,2 %) angab, der Wohlstand vieler Unternehmen in Deutschland gründe auf Verbrechen in der NS-Zeit, glaubten dies von dem Unternehmen, in dem sie selbst beschäftigt waren, nur 8 %.

### **Wissen über die NS-Verbrechen nimmt ab**

Die Studie zeigt auch, dass das Wissen über die NS-Verbrechen insgesamt abnimmt. Wissenslücken zeigten sich mit Blick auf die verschiedenen Opfergruppen der Nationalsozialisten und zu Projekten der Aufarbeitung allgemein. Nur knapp ein Zehntel der Befragten konnte eine realistische Einschätzung zur Zahl der Zwangsarbeitenden im Deutschen Reich geben. Ein großer Teil der Befragten (85 %) kannte kein Projekt, das sich der Aufarbeitung der Verbrechen der Nationalsozialisten widmet.

### **Antisemitismus in allen Bevölkerungsschichten und gesellschaftlichen Gruppen hoch**

Besorgniserregend sind die Befunde zu Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus. So war gut ein Viertel der Befragten (25,9 %) der Auffassung, Jüdinnen und Juden nutzten die Erinnerung an den Holocaust zu ihrem persönlichen Vorteil. Zum ersten Mal seit Beginn der MEMO-Studienreihe stimmte eine Mehrheit der Befragten (38,1 %) der Forderung nach einem „Schlussstrich“ unter die NS-Zeit zu.

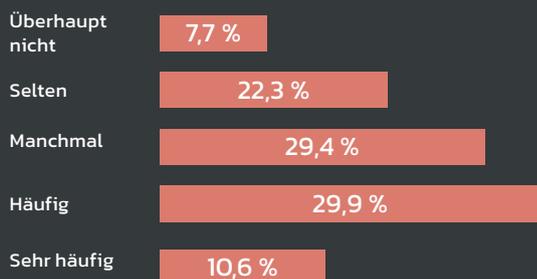
### **Befunde ambivalent – Erinnerung bleibt wichtig**

Während die Verbreitung antisemitischer Einstellungen drastisch zunimmt, bleibt die Erinnerung an die NS-Zeit den Befragten weiter wichtig. Die Stiftung EVZ konstatiert aus diesen ambivalenten Befunden: Vergangenheitsbetrachtung und gegenwartsbezogene Einstellungen scheinen sich voneinander zu entkoppeln. Die Relevanz historischer Kenntnisse für das heutige Handeln sollten Akteurinnen und Akteure der historisch-politischen Bildung in neuen Formaten der Vermittlung stärker hervorheben.

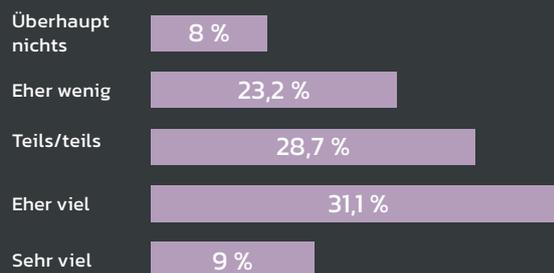
Das Wissen über die Verbrechen  
des Nationalsozialismus nimmt  
insgesamt ab.

## Thema Nationalsozialismus in der Schule

Wie häufig war die Zeit des NS in Ihrer Schulzeit Thema im Unterricht?

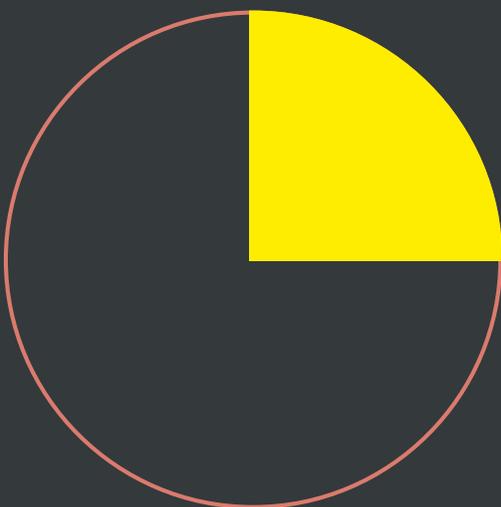


Und wie viel haben Sie dabei in der Schule über die Zeit des NS gelernt?



Quelle: Gedenkanstoß MEMO-Studie \*

Zwar will ein Großteil in der Schule viel über den Nationalsozialismus gelernt haben. Die Zahlen sind aber insgesamt (40,1% zu 46,6%) und bezogen auf „sehr viel“ (9% zu 21,2%) teils deutlich geringer als noch 2021. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bleibt also auch in der historisch-politischen Bildung wichtig.



# 40,9 %

stimmen zu, dass man aus der Geschichte für die Zukunft lernen kann.

Ein Viertel der Befragten sind der Auffassung, dass Jüdinnen und Juden die Erinnerung an den Holocaust zu ihrem persönlichen Vorteil nutzen.



**Katrin Kowark**

ist Kommunikationsleiterin der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ).

\* Dass sich Prozentangaben innerhalb einer Frage nicht immer zu 100 Prozent aufsummieren lassen, ist auf fehlende Antworten oder Rundungsdifferenzen zurückzuführen.

# Buch- und Onlinetipps

## Nord Stream – Wie Deutschland Putins Krieg bezahlt

Steffen Dobbert,  
Ulrich Thiele  
Verlag Klett-Cotta  
400 Seiten  
ISBN: 978-3-608-96627-5  
Preis: 18,00 €



Steffen Dobbert und Ulrich Thiele haben ein Sachbuch geschrieben, das mit zahlreichen szenischen Schilderungen angereichert ist. Die Anfänge des Buches reichen in das Jahr 2004 zurück. Es wird ein Stück Zeitgeschichte beschrieben, dass die Gemüter in Deutschland und Europa beschäftigt hat. Die Lektüre des Buches lässt den Schluss zu, dass bei den Vorbereitungen und Verhandlungen rund

um die Gaspipeline „Nord Stream 2“ nicht alle Risiken bis ins letzte Detail bedacht wurden. Die Autoren behaupten, dass insbesondere geopolitische Risiken ausgeblendet wurden. Das 400 Seiten starke Buch erfordert Konzentration. Es gilt den Überblick zu behalten, trotz Fülle an eingeführten Personen und Informationen. Die Autoren versuchen durch ihre investigative Recherche die Aufklärung der Rolle Deutschlands im Vorfeld des Ukraine-Krieges. (1m)

## Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde – Gegen die Kriegstüchtigkeit

Nymoens Buch ist ein anspruchsvoller, jedoch einseitiger Beitrag zur aktuellen sicherheitspolitischen Debatte. Seine Ablehnung militärischer Gewalt verkennt die Realität, dass es Freiheit und Demokratie in Deutschland – mit allen daraus erwachsenen, vom Grundgesetz garantierten, Vorzügen – nicht zum Nulltarif gibt. Sie müssen im Falle eines Falles verteidigt werden und Staaten tun gut daran, sich dieser Verantwortung bewusst zu sein. Nymoens pauschale Kritik an staatlicher Sicherheitsvorsorge ignoriert die Verantwortung gegenüber Bündnispartnern und potenziell bedrohten Zivilgesellschaften. Zudem fehlt eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Rolle der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Das Werk provoziert, bietet jedoch wenig konstruktive Lösungen für die komplexen sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit, was der Autor ehrlicherweise zu Beginn seines Werks auch einräumt. Mein Fazit: ein Buch, dass wir als Demokratinnen und Demokraten aushalten, den ins Feld geführten, persönlichen Gründen aber nicht zustimmen müssen. (wac)



Ole Nymoen  
Verlag Rowohlt Taschenbuch  
144 Seiten  
ISBN: 978-3-499-01755-1  
Preis: 20,00 €

Ole Nymoen  
Verlag Rowohlt Taschenbuch  
144 Seiten  
ISBN: 978-3-499-01755-1  
Preis: 20,00 €



## Macht im Umbruch – Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Herfried Münkler  
Verlag Rowohlt Berlin  
432 Seiten  
ISBN: 978-3-7371-0215-5  
Preis: 30,00 €

Dem moralischen Überschwang deutscher Außenpolitik hat der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler in seinem weitgespannten Werk schon seit den 1980er Jahren den kühlen Blick der Macht entgegengehalten. Dieser Blick bewährt sich auch in seinem neuen Buch, das die disruptiven Machtverschiebungen der jüngsten Zeit analysiert. Dem Aufstieg der Autokraten in Ost und West kann Europa nur mit einer entschlossenen Besinnung auf die eigenen Fähigkeiten begegnen. Das aber setze voraus, so Münkler, dass Deutschland als „Macht der Mitte“ eine Führungsrolle übernehme, auf die es wegen eines tief verankerten „Strategie-defizits“ allerdings schlecht vorbereitet sei. Nach Ansicht des Autors haben Bürokratie und Komplexität dazu geführt, dass sich die demokratische Ordnung auf vielen Feldern als handlungsunfähig präsentiert. Die Demokratie kann nur durch die bürgerschaftliche Tugend der Urteilsfähigkeit überleben – so lautet Münklers Fazit. Sein Buch ist ein ausgezeichnete Beitrag dazu. (rm)



**Die Bundeswehr**  
**Von der Wiederbewaffnung**  
**bis zur Zeitenwende**

**Sönke Neitzel**  
**Verlag C. H. Beck Wissen**  
**128 Seiten**  
**ISBN: 978-3-406-83051-8**  
**Preis: 12,00 €**

**S**önke Neitzel zeichnet auf 128 Seiten ein prägnantes, historisch fundiertes Bild der Bundeswehr als Spiegel bundesdeutscher Geschichte. Deren Gründung 1955 war kein Ausdruck eigener Überzeugung, sondern geopolitische Pflicht: Adenauer sicherte so die Souveränität – doch die Deutschen blieben skeptisch. Nach dem Kalten Krieg folgte eine Phase des Personalabbaus, vernachlässigter Ausrüstung und Aussetzung der Wehrpflicht. Auslandseinsätze standen im Mittelpunkt der verteidigungspolitischen Überlegungen. Erst der Ukraine-Krieg 2022 zwang zur sicherheitspolitischen Kehrtwende – zumindest rhetorisch. Sönke Neitzel analysiert fundiert, wie Material, Strukturen und vor allem die politische und gesellschaftliche Haltung nun gestärkt werden müssen. Trotz Reformstaus bietet die Zeitenwende die Chance, die Bundeswehr als moderne und wehrhafte Armee neu aufzustellen. Neitzel macht jedoch klar: Ohne einen mentalen Wandel in Politik und Gesellschaft bleiben selbst milliardenschwere Investitionen wirkungslos. (rb)

**Der 7. Oktober und der Krieg in Gaza**

**M**it dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden Krieg Israels im Gazastreifen ist der Nahostkonflikt massiv eskaliert. Muriel Asseburg erklärt, wie der Konflikt immer weitere Kreise zieht, welche Akteure involviert sind und welche Folgen er für die ohnehin fragile Region hat. Detailreich schildert sie die Vorgeschichte des Angriffs, bei dem 250 Menschen verschleppt wurden. Mehrere tausend Menschen verloren ihr Leben. Die Autorin zeigt auf, dass der Krieg nicht nur für Israel und Palästina Folgen hat. Mit 12 Abbildungen und Karten visualisiert sie die Situation für die Lesenden. Dabei geht sie auch auf die Bemühungen der verschiedenen Parteien außerhalb des Konflikts ein, Frieden zu stiften. Ein



„Muss“ für alle, die dem komplexen Konflikt auf den Grund gehen wollen, so der Politikwissenschaftler Gert Krell in der Frankfurter Rundschau. (aw)

**Muriel Asseburg**  
**Verlag C. H. Beck**  
**283 Seiten**  
**ISBN: 978-3-406-82892-8**  
**Preis: 20,00 €**

**Der Wille zur Weltmacht**  
**Wie Russland und China die**  
**freiheitliche Ordnung attackieren**

**D**ie sicherheitspolitische Weltlage gleicht einem Pulverfass – während Russland seit 2014 in der Ukraine einen Krieg führt, lässt China im Südpazifik die Muskeln spielen. Und im Nahen Osten droht der Konflikt zwischen Iran und Israel weiter zu eskalieren. Der Autor Ulrich Speck, Experte für Außen- und Sicherheitspolitik, zeigt in seinem Sachbuch, dass die Eskalation der Weltlage kein Zufall ist. Sie wird gezielt durch Russland und China vorangetrieben. Er beschreibt, wie Russland und China seit Jahrzehnten eine gemeinsame Agenda verfolgen. Diese Agenda hat nur ein Ziel: die Überwindung der westlichen Ordnung. Wenn der Westen nicht schnell und entschlossen reagiert, stehen der Demokratie schwere Zeiten bevor, so Ulrich Speck. Dieses Buch, das auch von dem Politikwissenschaftler Carlo Masala



gelobt wird, ist ein Muss für jeden, der die Hintergründe der heutigen Situation begreifen will. (aw)

**Ulrich Speck**  
**Droemer Verlag**  
**256 Seiten**  
**ISBN: 978-3-426-56065-5**  
**Preis: 25,00 €**

**Wenn Russland gewinnt. Ein Szenario**

**E**ines Nachts im März 2028 nehmen russische Truppen die Kleinstadt Narwa in Estland ein. Zeitgleich erobert Russland die Insel Hiiumaa in der Ostsee. Welche Entscheidung trifft man im NATO-Hauptquartier in Brüssel und welche Folgen hat das insbesondere für die europäischen Verbündeten? Fragen wie diesen geht Carlo Masala in seinem hypothetischen Zukunftsszenario nach. Kulisse des Geschehens sind die sicherheitspolitischen Lageverschiebungen weltweit. Abseits beschreibender Entwicklungen entwirft der Autor Szenen und Dialoge, die den Lesenden in die Rolle eines teilnehmenden Beobachtenden schlüpfen lassen. Gerät das demokratische Wertefundament des Westens ins Wanken – oder geht alles wie gewohnt gut aus?



Masala will mit seinem Szenario zum Nachdenken anregen – damit es in Europa kein böses Erwachen gibt. (eve)

**Carlo Masala**  
**Verlag C. H. Beck**  
**119 Seiten**  
**ISBN: 978-3-406-82448-7**  
**Preis: 15,00 €**

**IF - Zeitschrift für Innere Führung**

70. Jahrgang  
Die Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT (Information für die Truppe) gegründet.

**Herausgeber**

Kommandeur des Zentrums Innere Führung (ZInFü)

**Redaktion**

Chefredakteurin: Verena Heep (hee)  
Chef vom Dienst: Christopher Steiger (cst)  
Redaktion: Evelyn Schönsee (eve)  
Art-Direktorin: Dagmar Hentschel  
Mitwirkende an dieser Ausgabe: Uwe Brammer (ub), Ralf Brendjes (rb), Lisa Mais (lm), Roger Mielke (rm), Tobias Wachner (wac), Axel Woile (aw)

**Redaktionsanschrift**

IF - Zeitschrift für Innere Führung  
Zentrum Innere Führung  
Abteilung Im Dialog  
General Ulrich de Maizière - Campus  
Von-Witzleben-Straße 17, 56076 Koblenz  
Telefon: 0261 - 579420 - 5568  
E-Mail: ZInFueImDialogIF@bundeswehr.org  
Homepage: www.zentruminnerefuehrung.de

**Bildredaktion**

Dagmar Hentschel, Till Rimmele

**Lektorat**

Uwe Brammer

**Layout & Design**

IDEENHAUS GmbH MARKEN.WERT.STIL  
Mühlgasse 17, 90403 Nürnberg  
Sabine Kropf, Marcel Olek, Ralf Brendjes, Alina Schmalz

**Vertrieb**

Streitkräfteamt (SKA) Mediendisposition  
SKAMediendisposition@bundeswehr.org

**Druck**

Kern GmbH  
Auflage: 16.300

**Hinweis**

Mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Texte und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf Datenträger. Wir betonen ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten zu haben, auf die in unserer Zeitschrift durch Angabe eines Links verwiesen wird. Deshalb übernehmen wir keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in unserer Zeitschrift genannten Seiten und deren Unterseiten und machen uns deren Inhalt nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle durch uns ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen. Für Preisangaben in Artikeln: keine Gewähr.

**Einheiten, Verbände und Dienststellen, die die IF beziehen möchten oder zusätzliche Exemplare wünschen, wenden sich zur Anforderung bitte an ihre zuständige Post- oder DV-Stelle.**

**Redaktionsschluss:**

1. Juli 2025

DOI 10.48701/opus4-562

## Lebensunwert: Auf den Spuren des NS-Vernichtungsprogramms



„Lebensunwert“ ist eine berührende Dokumentation über die persönliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust. Zugleich zeigt der Film, dass die Frage nach dem Wert, den wir dem Leben zumessen, aktueller denn je ist. Der Film begleitet eine Gruppe von Menschen mit Beeinträchtigungen, die gemeinsam ihr Schicksal annehmen und eine besondere Form der Therapie finden. Sie spielen

Theater und projizieren ihr heutiges Ich in die NS-Zeit. Das Vernichtungslager „Grafeneck“, in dem zwischen 1940 und 1945 zehntausende von Menschen ermordet wurden, ist der fiktive Spielort. Bei den Proben, den Besprechungen, den Kostümproben und Therapiesprachen setzt sich die Gruppe mit dem Grauen der NS-Zeit auseinander. Immer wieder denken sie dabei auch über sich selbst nach. Was wäre, wenn.... Den Abschluss bildet eine öffentliche Aufführung des Stücks, die viele nachdenkliche Zuschauerinnen und Zuschauer zurücklässt. (aw)



## Radikaler Rechtsruck – kommt alles wie 33?



Die Nazis von heute [...] sind viel besser getarnt. „Deutschland rückt nach rechts außen – und die Warnungen vor einem neuen 1933 werden immer lauter.“ „Past Forward“-Reporterin Lisa Muckelberg fragt: Lässt sich der aktuelle Rechtsruck in Deutschland aufhalten? Sie befragt Zeitzeugen, Betroffene, den ehemaligen Bundesinnenminister Gerhard Baum (verstorben), den Präsidenten des thüringischen Verfassungsschutzes Stephan Kramer und Politologinnen und Politologen. Ihre Reise führt sie nach Frankfurt zu einer Demo gegen Rechts und in die Kleinstadt Guben, in der ein Migrant durch Neonazis zu Tode gehetzt wurde. Sie beschreibt die Angst der „normalen“ Menschen und unter-

mauert ihre Reportage mit Filmdokumenten, die teilweise erschreckendes zeigen. Die Reportage lässt aufhorchen und nachdenken. Sie macht deutlich, wie die Neonazis von Michael Kühnen bis zu Björn Höcke die Demokratie nutzen, um sie zu vernichten. Sehenswert, auch wenn bereits 2024 gedreht. In der ARD Mediathek noch bis zum Ende des Jahres abrufbar. Und wer dort nicht suchen will, findet die Dokumentation auch auf YouTube. (aw)



mauert ihre Reportage mit Filmdokumenten, die teilweise erschreckendes zeigen. Die Reportage lässt aufhorchen und nachdenken. Sie macht deutlich, wie die Neonazis von Michael Kühnen bis zu Björn Höcke die Demokratie nutzen, um sie zu vernichten. Sehenswert, auch wenn bereits 2024 gedreht. In der ARD Mediathek noch bis zum Ende des Jahres abrufbar. Und wer dort nicht suchen will, findet die Dokumentation auch auf YouTube. (aw)



Die IF zeigt hier für ihre Leser eine Episode aus dem Comic-Sachbuch der Inneren Führung. Der Comic ist zunächst über den Publikationsserver der Bundesregierung digital abrufbar. Bundeswehr-Angehörige können sich auch an ihre Vorschriftenstelle wenden.

Weitere Infos: [www.innerefuhrung.de](http://www.innerefuhrung.de)

Wobei, ganz so einfach ist es auch nicht. Beim ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr nach dem 2. Weltkrieg gab es kein UN-Mandat.



Doch, es ist ganz einfach. Am Ende machen wir, was befohlen wird.

1999 wurden 14 deutsche TORNADO-Kampfflugzeuge bei dem NATO-Einsatz OPERATION ALLIED FORCE im Kosovo eingesetzt. Ziel war eine humanitäre Intervention zur Unterbindung von Gewaltaktionen und gegen die Unterdrückung der albanischen Bevölkerung. Russland hatte einen UN-Sicherheitsratsbeschluss blockiert, der Bundestag billigte die NATO-Luftangriffe dennoch. Völkerrechtlich ist dieser Einsatz bis heute umstritten.



Und Sie, Spieß, glauben Sie an gerechte Kriege?

Mhm.



Ich glaube an einen gerechten Frieden\*.



Für den braucht es am Ende auch Streitkräfte.

\* Der **gerechte Frieden** ist ein Leitbild der christlichen Ökumene, das Gewaltfreiheit und Konfliktprävention den Vorrang gibt. Bei schwersten Menschenrechtsverletzungen oder Völkermord ist der Einsatz militärischer Gewalt als rechtserhaltendes Mittel aber dennoch erlaubt.

Und das Vertrauen, dass die Politik die richtigen Entscheidungen trifft.



Aber die Frage ist doch eigentlich, ...



... woran glauben Sie, Flieger Schneider?

Da ganz tief drinnen?



Leere Töpfe, leere Mägen: Im Gazastreifen leiden vor allem Kinder an Hunger und Durst. Vor den Wohltätigkeitsküchen in dem von Israel abgeriegelten Gebiet herrscht großes Gedränge. Hunderttausende haben wenig bis gar nichts zu essen. Israels vollständige Einfuhrsperre für humanitäre Hilfsgüter in den Gazastreifen hat die Versorgungslage dramatisch verschärft. Israel steht mit seinem Vorgehen im Kampf gegen die Hamas international in der Kritik: Hilfsorganisationen fordern das Land auf, seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Zivilbevölkerung gegenüber nachzukommen und die Grundbedürfnisse der Menschen zu decken.





Foto: Imago Images/APA Images

# Zusammen und sicher in Europa

**Staatschefs aus 35 Ländern unterzeichnen am 1. August 1975 die Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE). Sie ist ein bedeutendes Dokument der Entspannungspolitik. Eine friedliche Koexistenz beider Blöcke soll an die Stelle des Ost-West-Konfliktes treten.**

**B**eide deutschen Staaten unterzeichnen diese gemeinsame Erklärung: Bundeskanzler Helmut Schmidt und der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker. Die Initiative zur KSZE geht vom Warschauer Pakt unter Führung der Sowjetunion in den 1960er Jahren aus. Die NATO-Staaten stimmen dem Vorschlag zu, nachdem im Zuge der neuen Ostpolitik die Gewaltverzichtsverträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion, Polen und der DDR in Kraft getreten sind: der Moskauer und Warschauer Vertrag von 1970, das Vier-Mächte-Abkommen über den Status Berlins von 1971 und der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Außerdem ebnet den Weg zur KSZE die von US-Präsident Richard Nixon und dem sowjetischen Generalsekretär Leonid Breschnew in Moskau 1972 unterzeichneten SALT I (Strategic Arms Limitation Talks) Verträge. In der Schlussakte der KSZE 1975 bekennen sich die Teilnehmerstaaten zu zehn handlungsleitenden Prinzipien, Absichtserklärungen ohne Vertragscharakter: unter anderem die gegenseitige Achtung der souveränen Gleichheit, Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten der anderen Teilnehmerstaaten,

Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker. Außerdem werden wechselseitige Manöverbeobachtung und die Ankündigung von größeren gemeinsamen Manövern und Truppenbewegungen als vertrauensbildende Maßnahmen vereinbart. Ost und West bewerten die KSZE als Erfolg. Seit der KSZE berufen sich Bürgerrechtler und oppositionelle Gruppen in den Staaten des Warschauer Paktes bei ihren Protesten auf die in der Schlussakte festgelegten Prinzipien: die Friedensbewegung

„Schwerter zu Pflugscharen“ in der DDR, die Solidarność um Lech Wałęsa in Polen und die Unterzeichner der Charta 77 um Václav Havel in der Tschechoslowakei. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan Heiligabend 1979, der NATO Doppelbeschluss 1979 sowie die Verhängung des Kriegsrechtes in der Volksrepublik Polen 1981–1983 durch General Wojciech Jaruzelski beenden die Entspannung zwischen Warschauer Pakt und NATO. DDR und Bundesrepublik halten jedoch trotz dieser Lage ihre Zusammenarbeit aufrecht. (ub)



Die deutschen Delegationen 1975 in der Finlandia-Halle in Helsinki zum Abschluss der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

# Militär-geschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Heft 3/2025



## Illegale Rüstung

Die geheimen Projekte der Reichswehr

## Stoßtrupptaktik

Zwischen Innovation und Mythos

## »Bandenbekämpfung«

Verstrickungen der deutschen Polizei

# Der Nahostkonflikt

Die Geschichte einer krisenreichen Region



**ZMS BW**  
Zentrum für Militärgeschichte  
und Sozialwissenschaften der  
Bundeswehr



# MEDIENPROJEKT 70 JAHRE BUNDESWEHR - 35 JAHRE ARMEE DER EINHEIT

Am 12. November 2025 feiert die Bundeswehr ihren 70. Geburtstag, das Land am 3. Oktober 35 Jahre Deutsche Einheit. Dieser Jahrestag und das Jubiläum 70 Jahre Bundeswehr werden 2025 eine zentrale Rolle in der Persönlichkeitsbildung einnehmen. Im Kern geht es um 18 monatlich erscheinende Kurzvideos, im Zeitraum Juli 2024 bis Dezember 2025 sowie eine Plakatausstellung.

Bei Interesse oder Fragen wenden Sie sich an: [KdoHG1InFue@bundeswehr.org](mailto:KdoHG1InFue@bundeswehr.org) oder tel.: 03341 58 4659



**BUNDESWEHR**



Titelthema IF 3|25:

## Frieden – Herausforderung und Auftrag

**80 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus sieht sich die regelbasierte internationale Friedensordnung zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Autorinnen und Autoren zeigen in der vorliegenden IF Schwierigkeiten in Friedensschaffung und -erhalt sowie die Rolle der Bundeswehr auf.**

### Am Abgrund der Ordnung?

Weltweit sorgen Krisen und Konflikte für Unsicherheiten, die auch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen: Expansionsabsichten von Moskau und Peking, eine Vielzahl von Akteuren im Nahen und Mittleren Osten, die die Stabilität an der europäischen Südflanke untergraben. Seit Februar 2025 stellt zudem eine neue Administration in Washington, D.C. die transatlantische Partnerschaft in Frage. Der drohende Wegfall alter Ordnungsmechanismen hat in europäischen Entscheidungszentren Besorgnis ausgelöst und sorgt für globale Verschiebungen in Richtung nationalistischer Außen- und Sicherheitspolitik. Ein Ansatz, diesen Herausforderungen zu begegnen, ist die Stärkung der europäischen Säule in der NATO sowie die Vertiefung europäischer Integration, insbesondere im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

### Friedenssicherung – Die Bundeswehr der Zeitenwende im UN-Peacekeeping

Seit 1948 sind Blauhelmsoldatinnen und -soldaten rund um den Globus im Einsatz für den Frieden. Mehr als zwei Millionen Männer und Frauen unterschiedlicher Nationalitäten haben seitdem gemeinsam unter der Flagge der Vereinten Nationen gedient. Auch die Bundeswehr beteiligt sich an den

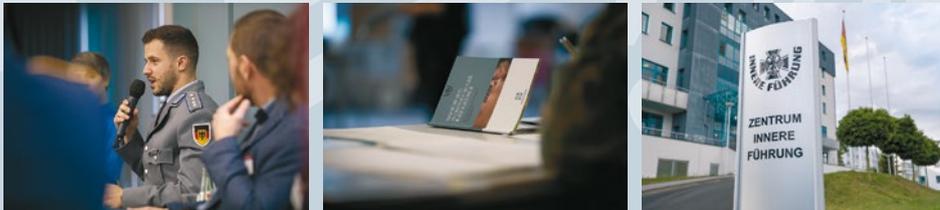
derzeit elf UN-Peacekeeping-Missionen: Insgesamt rund 280 deutsche Soldatinnen und Soldaten sind im Libanon, im Südsudan und in der Westsahara im Einsatz. Deutschlands Engagement in den Vereinten Nationen gilt als wesentlicher Bestandteil deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.

### Das Paradox des Friedens – Die nukleare Option in Zeiten der zunehmenden Instabilität

Russland versucht einen Zustand des „Un-Friedens“ in und zwischen den NATO-Ländern mit Hilfe einer „Multi-Bereich-Destabilisierungs-Kampagne“ herbeizuführen. Es geht um einen fundamentalen Rückbau der freiheitlichen demokratischen Systeme in Europa. In dieser Situation kommt die Frage auf, ob die nukleare Abschreckung, in deren Zentrum die USA stehen, noch intakt ist.

Von der IF-Redaktion  
empfohlen

# HOTLINE INNERE FÜHRUNG: EIN KNOTENPUNKT DER INFORMATION



**Sie sollen kurzfristig eine Politische Bildung halten oder benötigen Informationen zu Maßnahmen zur Politischen Bildung am Zentrum Innere Führung in Koblenz?**

Dann rufen Sie die Hotline Innere Führung an. Für Fragen rund um das Selbstverständnis und die Führungskultur der Bundeswehr können Interessierte unbürokratisch und schnell Antworten erhalten.

Ohne lange Zeit suchen oder sich umständlich „durchfragen“ zu müssen, ist die Hotline Innere Führung telefonisch unter 0261 579420-5555 oder per Mail an [infuehotline@bundeswehr.org](mailto:infuehotline@bundeswehr.org) für Sie erreichbar.

Die Ansprechpartner beantworten Ihnen umgehend alle Fragen rund um die Innere Führung. Dafür nutzen sie ihren „heißen Draht“ zu den Expertinnen und Experten für Themen wie Erziehung, Persönlichkeitsbildung und Menschenführung oder helfen Ihnen, die richtigen Partner für Ihr Anliegen zu finden.

Fotos: Bundeswehr/Franziska Huncold (1,2); Bundeswehr/Tom Twardy



**Eine Hotline für Alles:**  
**[infuehotline@bundeswehr.org](mailto:infuehotline@bundeswehr.org)**  
**0261 579420-5555**